1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 46 vom 16. Novmeber 1984 — 18. Jahrgang — 1 DM

Diese Woche

Zugestimmt

Zugestimmt haben in dieser Woche die NATO-Botschafter dem neuen Militärkonzept, das unter dem Namen „Rogers-Plan" berüchtigt geworden ist. Die erste offizielle NATO-Doktrin, die über solche verschleiernden Begriffe wie Vorne- oder Vorwärtsverteidigung hinausgeht, die militärische Angriffe tief in „gegnerisches" Gebiet hinein postuliert, ist damit so gut wie verabschiedet.

Was noch fehlt, ist die endgültige „Absegnung" des Rogers-Plans im Dezember auf der Tagung des NATO-Rats. Woher sollen Zweifel daran entstehen, daß dies dort geschehen wird?

Damit verbunden ist eine neue Runde der Aufrüstung, diesmal im sogenannten konventionellen Bereich. Hochtechnisierte ungeheuer kostspielige und profitträchtige Waffensysteme sollen da beschafft werden. Nicht umsonst war General Rogers stets einer derjenigen Militaristen, die am lautesten nach Sozialabbau zugunsten der Aufrüstung schrieen. Der Dreh, diese erneute Aufrüstung als Erhöhung der Hemmschwelle für den Atomraketeneinsatz zu verkaufen, ist ebenso alt wie durchsichtig. Das wurde noch bei jeder neuen „Runde" so gemacht und kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser „Plan" die passende Ergänzung zu den Atomraketen ist.

Abgelehnt

Abgelehnt hat das BVG die „Ergänzungsabgabe". Erfaßt davon waren alle Ledigen, die mehr als 4200 Mark im Monat beziehen, mit wachsendem Prozentsatz bis zu 5 Prozent. Abgelehnt wurde die Abgabe mit der konkreten Angabe, daß sich ja Unternehmer, durch geringfügige Investitionen, von der Zahlung befreien konnten. Dies sei, so das BVG, im Vergleich zu den Nichtselbständigen ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Weniger interessant als der Streit um die Tausender der Leute mit hohem Einkommen ist eben das Hervorheben dieses Gleichheitsgrundsatzes. Der nämlich so faktisch gegen jede Art von Sondersteuer benutzt werden kann. Und dementsprechend auch eine Dammwirkung gegen Forderungen nach sozialen, steuerlichen Reformen entfalten kann.

US-Imperialisten bereiten Invasion vor

Amis — Hände weg von Nicaragua!

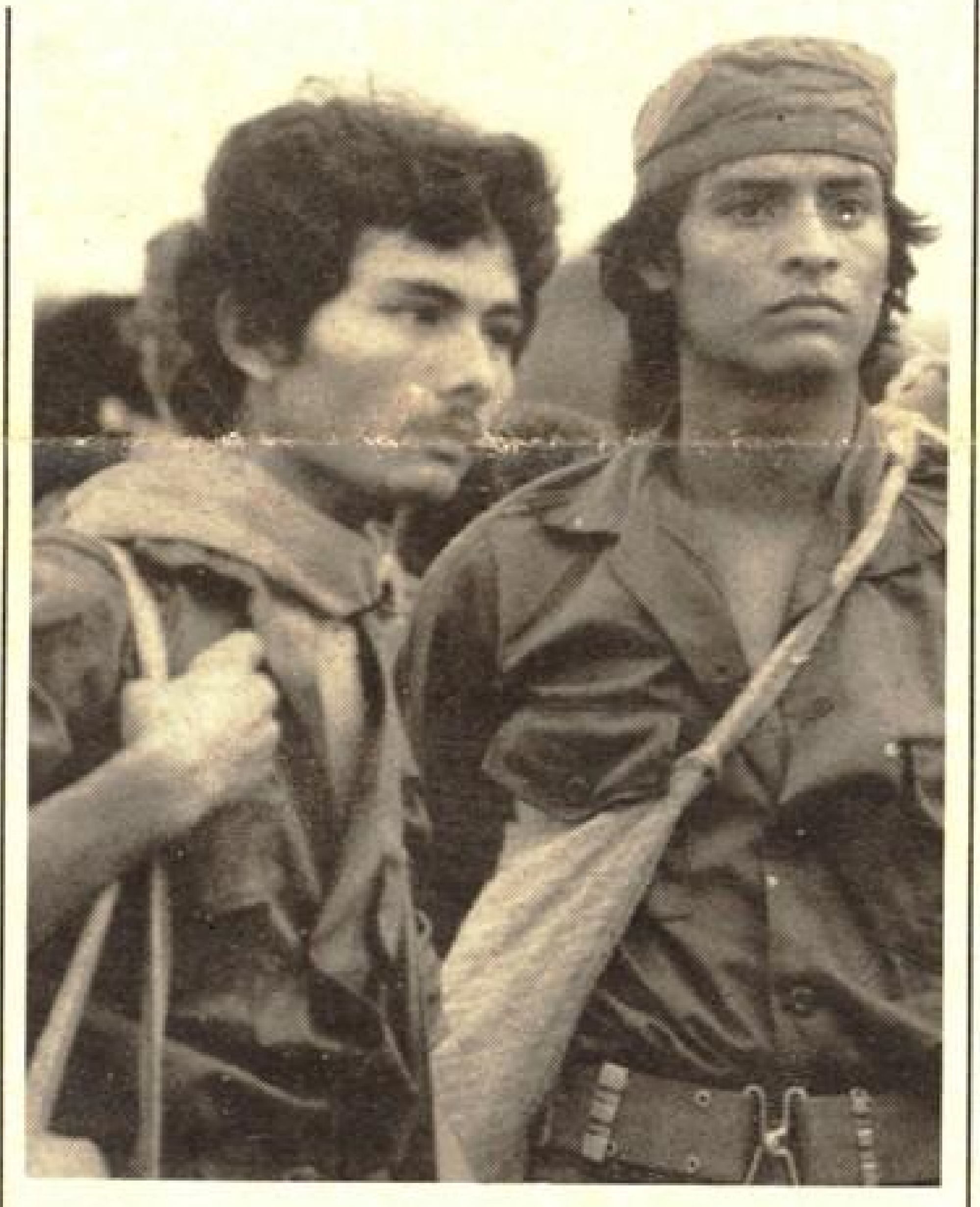
Zu Beginn dieser Woche überschlagen sich die Nachrichten. US-Kriegsschiffe vor dem wichtigsten Pazifik-Hafen Nicaraguas. Spionageflugzeuge vom Typ SR-71 terrorisieren die Bevölkerung, versetzen die Bewohner Managuas mit dauernden Überflügen in Angst und Schrecken. Im Golf von Fonseca, unmittelbar vor Nicaragua, laufen umfangreiche US-Manöver. Und in Honduras, Nicaraguas Nachbarland, wird ein Trupp Fallschirmjäger abgesetzt — „zum Straßenbau", wie es aus Washington heißt.

Das ist schon mehr als Säbelrasseln: das kleine freie Land in Mittelamerika wird von der mächtigsten Militärmaschinerie der Welt eingekreist und offen bedroht. Als Vorwand werden immer wieder sowjetische Frachter genannt, die angeblich MIG-21-Flugzeuge bringen würden. Obwohl es mittlerweile erwiesen ist, daß das eine gezielte Falschmeldung von der CIA war, kann man von den Küsten Nicaraguas weiterhin in die Geschützmündungen der US-Kriegsschiffe blicken.

Wenige Tage nach der freien Wahl in Nicaragua, wenige Tage aber auch nach der Wiederwahl des Ronald Reagan eskalieren die US-amerikanischen Aggressionen. Teile der US-Armee sind in Alarmbereitschaft versetzt worden. Die 24. Infanteriedivision, Teile der 82. Luftlandedivision und der 101. Division der Luftlandeeinheiten stehen Gewehr bei Fuß. Unruhe gab es bei US-Soldaten in Fort Stewart in Georgia, die eine plötzlich verhängte Urlaubssperre wohl nicht zu Unrecht mit den Invasionsabsichten des US-Imperialismus in Verbindung brachten. Zusätzlich operieren nach Angaben der „New York Times" noch mindestens 25 US-Kriegsschiffe in der Karibik — die Einheiten, die das „Grenada-Problem" lösten, sind also auch in der Nähe Nicaraguas.

Die höchste Alarmbereitschaft, die jetzt in Nicaragua ausgerufen wurde, ist keine Panikmache. Trotz vieler Dementis wird immer deutlicher, daß die US-Politik auf eine Invasion, mindestens aber auf verstärkte militärische Operationen gegen Nicaragua hinausläuft.

Das nicaraguanische Problem wird drei Monate nach der Wahl gelöst sein", so Ronald Reagans fanatisch-reaktionäre UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. Unter dem Eindruck der Wiederwahl Ronald Reagans werden die Scharfmacher in den USA immer lauter: So plädierten Mitglieder des US-Kongresses (aufgrund der CIA-Falschmeldungen über die angebliche Lieferung der MIG 21) für *„harte Aktionen"* gegen Nicaragua. Auch „Demokraten" im außenpolitischen Ausschuß des US-Senats können *„Gewalt nicht ausschließen."* Und während der US-Außenminister noch der Presse erzählte, es würde *„eine direkte Intervention"* in Nicaragua geplant, hält der US-Verteidigungsminister dies wiederum nicht für ausgeschlossen. Die Dementis aus dem Weißen Haus — das ist schon lange bekannt — sind keinen Cent wert. Die Gefahr für Nicaragua ist in der vergangenen Woche durch die Eskalation die Washington betreibt, enorm groß geworden.



Die Lage ist ernst. Nicaraguanische Jugendliche bereiten sich auf die Verteidigung der Revolution und des Landes vor.

Ganz offen versuchen die USA mit den Falschmeldungen über die Waffenkäufe, mit der Propagandlüge von der Bedrohung, die Nicaragua für andere Länder und die USA selber darstelle, einen Vorwand für direktes militärisches Eingreifen zu schaffen. Es sei nicht unbedingt ein direkter Frontalangriff auf Texas oder Oklahoma nötig, um die Sicherheitsinteressen der USA eindeutig zu gefährden, so der „demokratische" Senator Dodd zu Nicaragua im außenpolitischen Ausschuß der US-Regierung!

Abgesehen davon, daß der neugewählte Präsident Nicaraguas völlig recht hat, wenn er sagt: *„Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten auf unser Recht gepocht, wie jedes andere Land, die Mittel zu beschaffen, die es zu seiner Verteidigung braucht"*, gibt es keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß Nicaragua irgendeine militärische Bedrohung für ein Nachbarland oder die Region darstellt. Was die US-Imperialisten und viele ihrer Marionetten, die Diktatoren in El Salvador in Guatemala, Honduras und sonstwo fürchten, ist das Beispiel der nicaraguanischen Revolution, die jetzt schon fünf Jahre dem Druck ihrer mächtigen Gegner standhält und immer mehr Freunde in der Welt gewinnt. Das genau will der US-Imperialismus mit Militärstiefeln zertreten!

Über die Situaiton in Nicaragua nach der Verschärfung — Über die Wahlergebnisse vom 4. November u. a. siehe Seite 10.

„Traumabschluß" — aber nur für Zimmermnn und Co!

Das ist — mit einem Zitat Zimmermanns — auch unser Kommentar zum ÖTV-Abschluß. 3,2 Prozent ab 1. 1. 85, 240 Mark für August bis Dezember 84 sowie in zwei Stufen ab 1987 zwei freie Tage mehr für alle Beschäftigten — ab 85 für die über 58jährigen, ab 86 für die über 50jährigen — sowie ab 86 für die 30—40jährigen, die zur Zeit nur 28 Tage Urlaub haben, einen Tag Urlaub mehr — das ist in nackten Zahlen das Ergebnis.

Mit der Schlagzeile: „Zimmermann schlug geringstmöglichen Aufwand heraus" berechnet das Handelsblatt das Ergebnis aus Lohn und Arbeitszeitverkürzung auf magere 2,86 Prozent — und betont Zimmermanns Erfolg, daß die Arbeitszeitfrage damit bis zum 1. 1. 88 vom Tisch sei.

Sicher ist richtig:

- Die Senkung bzw. Abkoppelung der Ausbildungsvergütungen und der Eingangsbesoldung wurden verhindert;
- daß auf allen Forderungsbereichen die Nullrunde verschwand und Ergebnisse erzielt wurden; Nur:
- auch die Beamtenbesoldung in gleicher Höhe verbessert werden soll.
- Weder wurde der geforderte Mindestbetrag durchgesetzt;
- noch werden die zwei Tage irgendeinen meßbaren Erfolg bei der Sicherung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen ergeben.

Richtig meinte ein Delegierter der großen Tarifkommission der ÖTV — „Die Arbeitszeitverkürzung ist voll den Bach runter" —

Was sind die Ursachen, was sind die Gründe für dieses Ergebnis? Die politischen Voraussetzungen für diese Tarifrunde waren günstig wie nie zuvor — die beiden wichtigsten Bedingungen:

- der Streik der Metaller und Drucker hatte diese Regierung schon arg zu schaffen gemacht;
- die neuesten Flickenthüllungen haben sie weiter geschwächt.

Aber — diese Bedingungen wurden nicht im geringsten genutzt.

Nur wenige Punkte seien in dieser ersten Stellungnahme genannt:

- seit dem ÖTV-Kongreß hat es so gut wie kein weiteres Material, keine Mobilisierungskampagne gegeben — ähnliches läßt sich auch von der Post-, Bahngewerkschaft feststellen — ein entscheidender Unterschied zu IGM und IG Druck und Papier;
- auf die provokatorischen Streikvorbereitungen wurde nur müde protestiert;
- außer in Hessen wurde nirgendwo sonst in größerem Umfang zu Kundgebungen oder Demonstrationen mobilisiert;
- kurz gesagt, es wurden nur geringe — wenn überhaupt ernsthaft so zu bezeichnende Kampfschritte und Überlegungen in Gang gesetzt.

Verantwortlich dafür ist eindeutig der Hauptvorstand, der ja — wenn auch nach harten Debatten — immerhin ein klares Mandat des Gewerkschaftstages zu einer härteren Gangart hatte.

Horten und Konsorten und die FDP

6 Millionen vom Arisierungs-Gewinnler

Die Identität des „edlen Spenders" für die FDP ist also heraus. Keine komplizierten Überlegungen sind anzustellen, wie es in der wildesten Spekulation mit Gaddafi gewesen wäre. Es war einfach Herr Horten. Und Expräsident Scheel hat nicht nur die Sache geritzt, sondern soll auch niemand etwas erzählt haben ...

Zwar gibt es wieder einmal widersprüchliche Aussagen von Richard Wurbs (der vorherige Schatzmeister) und Frau Adam-Schwaetzer (seine Nachfolgerin) — aber alle beteuern, die Spende sei legal. Formal betrachtet stimmt das sogar — sie wurde schnell noch, wenige Tage vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes gebucht. Zwar verstieß man damit zumindest gegen jene Absichten, die öffentlich erklärt wurden, aber legal ist es eben gerade noch. Daß Genscher einmal mehr von nichts gewußt hat, glaubt ihm wohl kaum einer. Wahrscheinlicher erscheint es da, daß die Person des edlen Spenders etwas unangenehm war. In der Öffentlichkeit nur, versteht sich.

Horten, „der Kaufhauskönig" begründete sein milliardenschweres Wirtschaftsimperium schließlich erst richtig 1936, als er zum ersten aber beileibe nicht letzten Mal ein Kaufhaus „einstrich", das zuvor einem — nun vertriebenen — Besitzer jüdischer Herkunft gehörte. Horten gehörte dann auch zu jenen Kreisen der Kapitalisten, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre am meisten Geld für die Kampagnen gegen die Brandt-Regierung spendeten.

Sein Geld, von dem er jetzt spendete, ließ er bereits vor mehr als 15 Jahren allmählich in die steuerfreien Zonen dieser Welt verfrachten. Ganz gesetzlich, versteht sich.

Horten, Flick und wie die Herrenausstatter alle sonst noch heißen: Es sind in vielen Fällen dieselben Namen, die einst Hitler an die Macht brachten, die heute die Wenderegierung aushalten.



Der Dauergast

P.W. Botha, seines Zeichens Außenminister der „Republik Südafrika", war schon wieder in der BRD. Das zweite Mal in diesem Jahr. Dieses Mal mit mehr Geheimhaltung als beim ersten Mal, erst als er schon da war, erfuhr die Öffentlichkeit davon.

Und natürlich war auch dieser Besuch, wie alle vorherigen, kein offizieller Besuch, sondern er war nur eben einfach wieder da. Und ganz privat traf er sich mit Bundesaußenminister Genscher und mit CSU-Chef Strauß. Letzterem überbrachte er einen hohen Orden der Regierung Südafrikas.

In der Tat wird da ein verdienstvoller Mann gewürdigt: Strauß selbst hatte sich gegen solche Forderungen gewandt wie allgemeine Wahlen für Südafrika, wohl wissend, daß alleine schon das Prinzip „1 Mensch — 1 Stimme" die Herrschaft seiner rassistischen Freunde beenden könnte. Und diese Herrschaft erscheint den Strauß und Co. eben nicht nur als politisch wünschenswert, sondern ist gerade für ihn und die Konzerne, denen er sich verbunden weiß, besonders profitabel.

Ganz anders Genscher: Er traf sich zum 100 und xten „kritischen Gespräch" mit seinem Kollegen. Daß trotz aller zur Schau gestellten Kritik die Politik aller Bundesregierungen bisher eine der wichtigsten Stützen für die Diktatur in Südafrika war, ist eine weltweit bekannte Tatsache.

Der Hintergrund vor dem diese Treffen stattfanden ist eindeutig: Gerade in diesen Tagen verweigern die internationalen Konzerne der schwarzen Arbeiterklasse erneut jegliches demokratische Recht, gerade in diesen Tagen wird die Armee gegen die Bevölkerung mobilisiert, sterben Menschen, weil sie sich gegen die Diktatur auflehnen, die dieser bundesdeutsche Dauergast so deutlich vertritt.

Der Dauergast aus der Riege der Rassenfanatiker aber weiß sehr genau, hier in der BRD hat er gute Freunde — und wenn die halbe Welt gegen sein Regime protestiert, diese Bundesregierung hält zu ihm. Wie es die vorige auch 1976 tat, als in Soweto geschossen wurde.

Revanchismus

Zum ersten Mal seit langem fand am vergangenen Wochenende im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der CDU ein Kongreß aller sogenannten „Ostdeutschen Landsmannschaften ten" statt. Kohl und Strauß durften da nicht fehlen. SPD und FDP waren weniger prominent vertreten. Vorsitzender des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landsmannschaften ist der Vorsitzende der schlesischen Landsmannschaft, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka. Im Mittelpunkt seiner Rede stand das „Bekenntnis" zu „Deutschland in den Grenzen von 1937". Erneut also: Nicht nur der Anspruch auf die DDR, sondern auch auf Polen.

Kohl und Strauß unterstrichen in ihren Reden nachdrücklich, die „deutsche Frage" bleibe offen. Vor allem der Kanzler fügte dabei seine ebenso rituelle wie verlogene Beteuerung hinzu, diese Forderungen hätten nichts mit Revanchismus zu tun.

Daß gerade andersherum „ein Schuh daraus" wird, weiß auch Kohl. Die Ergebnisse des Hitler-Krieges abschaffen und den vorherigen Zustand wiederherstellen — eben das ist es, was politisch als Revanchismus bezeichnet wird. Und es trifft auf die Haltung der Versammlung, die sich da unter voller CDU-Obhut zusammentat, rundherum zu.

Das war eine Versammlung der Berufs-„vertriebenen" und ihrer politischen Einpeitscher. Kohls Rolle, wie auch die von Strauß, war es, diesen Bestrebungen erneut, wie schon bei verschiedenen landsmannschaftlichen Kongressen der beiden letzten Jahre, Rückhalt und Patenschaft zu verschaffen. Nicht umsonst dankten die revanchistischen Funktionäre der Kohlschen Regierung ausdrücklich für ihre Politik. Vor allem Strauß war es, der dabei betonte, daß zu dieser Politik „auf Rechtspositionen" zu beharren, auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit gehöre.

Dieser gemeinsame Auftritt von Kohl und Strauß war sicherlich ein Höhepunkt der bisherigen revanchistischen Politpraktiken nach der Wende.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Bundestagsdebatte über die „Wiederbelebung der WEU"

„Stützpfeiler" — wofür?

Der Bundestag dabattierte Donnerstag vergangener Woche um die Wiederbelebung der „Westeuropäischen Union" (WEU), jenes 1954 gegründeten Militärpaktes (dem alle EG-Staaten außer Irland, Dänemark und Griechenland angehören), der in den letzten Jahren nach außen hin so unbedeutend geworden war. Anlaß der Debatte waren die Ministerratssitzung im Juni und vor allem die jetzige „Jubiläumsversammlung" im Oktober.

Diese Versammlung aus Anlaß des 30. Jahrestages der WEU-Gründung war vor allem eine politische Demonstration. Entscheidende Beschlüsse waren bereits im Juni gefaßt worden — vor allem was die einst beschlossenen Rüstungsbeschränkungen für die BRD und Italien (als ehemalige Kriegsgegner) betraf, die aufgehoben wurden.



Im Bundestag sagte Außenminister Genscher: „Mit der Belebung der WEU gewinnt Europa Profil". In der Tat, und dieses Profil ist eindeutig. Bestimmt wird es durch folgende Punkte:

1. Die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen für die BRD schafft in der Tat weitaus größere Möglichkeiten, auch im Raketenbereich, für diese größte Militärmaschine Westeuropas, die die Bundeswehr ist — und natürlich auch für die Rüstungsgewinnler.

2. Diese wiederbelebte WEU soll ganz offensichtlich als Dach für die zahlreichen zwei- und mehrseitigen Rüstungsprojekte der EG-Staaten dienen, Projekte, in deren Mittelpunkt die BRD steht.

3. Die organisierte und offizielle regelmäßige (zweimal im Jahr) Tagung der Außen- und Wehrminister muß in der Tat als Forum eigener Bestrebungen der europäischen NATO-Staaten angesehen werden und bereits bei der Jubiläumsversammlung war deutlich, daß die Bundesregierung dabei eine entscheidende Rolle spielen wird.

4. Die WEU ist ebenfalls eine militärische Ergänzung zur EG und wird auch dazu führen, die militärische Zusammenarbeit in der EG insgesamt weiter zu verstärken.

5. Selbstverständlich ist die WEU nicht gegen die NATO noch gegen die „amerikanische Führungsmacht" gerichtet, wie an verschiedenen Stellen beteuert wurde.

In der Bundestagsdebatte vertraten Abgeordnete und Minister der konservativen Regierungsparteien die Losung, es gehe um die Stärkung des „europäischen Pfeilers des atlantischen Bündnisses". Besonders stark war die WEU-Wiederbelebung in der Tat von Kreisen der Rüstungsindustrie gefordert worden, die gerade hier eine wachsende Konkurrenzchance zur amerikanischen Rüstungswirtschaft sehen.

Besonders stark war diese Wiederbelebung auch von den Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs gefordert worden, die beide darin eine Möglichkeit sehen ihre eigenen Bestrebungen mit mehr organisatorischem Rückhalt zu verfolgen. Wie auch immer: Dieser „europäische Pfeiler" kann nur verstanden werden als ein Pfeiler der Militarisierung in Westeuropa.

Die verschiedenen Vertreter der SPD, insbesondere Norbert Gansel, vertraten demgegenüber im Bundestag sozusagen die These, diese WEU könne dazu dienen, ein Gegengewicht gegen abenteuerliche amerikanische Militärpolitik zu schaffen. Eine These, die man aufgrund der realen Gegebenheiten nicht anders denn als Täuschungsmanöver bezeichnen kann. Ein Gegengewicht? Bestehend aus europäischen Rüstungskonzernen und all den Regierungen, die die NATO seit Jahrzehnten mittragen? In der Tat mehr als nur unwahrscheinlich.

Offen Front gegen diese WEU bezogen im Bundestag allein Abgeordnete der Grünen, die dies bereits im Juni, anläßlich der Aufhebung der Produktionsbeschränkungen für die BRD taten. (Siehe auch die nebenstehend abgedruckten „Dokumente"). Wenn die Kritik in dieser Debatte auch teilweise etwas milder ausfiel als im Juni, so wurde doch hervorgehoben, daß es dabei im Kern um die Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft gehe. Auch wenn man, wie die KPD, der Meinung ist, daß diese EG schon längst und von jeher ein zentraler Bestandteil der NATO-Politik ist, so ist doch damit eine richtige Tendenz aufgezeigt, daß nämlich diese Militarisierung verstärkt wird. In diesem Sinne ist die WEU „Stützpfeiler".

RM-Dokumentation (1)
Der Antrag der Grünen

Nichtaufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, eine Wiederinkraftsetzung der Absätze IV und VI in Anlage III zum Protokoll Nr. III des WEU-Vertrags zu erwirken, die ein Herstellungsverbot von „Flugkörpern großer Reichweite und Lenkflugkörpern" sowie von „Bombenflugzeugen für strategische Zwecke" für die Bundesrepublik Deutschland beinhalten und die der WEU-Rat in seiner Sitzung am 27. Juni 1984 auf Antrag der Bundesregierung vom 15. Juni 1984 aufgehoben hat.

RM-Dokumentation (2)
Anfrage der Grünen im Bundestag

Anfrage der Grünen im Bundestag

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der geplanten Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, denen die Bundesrepublik Deutschland auf Grund des WEU-Vertrages unterworfen ist, und welche Überlegungen, Planungen und Vorbereitungen bestehen bereits angesichts der zu erwartenden Aufhebung dieser Rüstunsbeschränkungen hinsichtlich einer möglichen Entwicklung und einer möglichen Produktion von weitreichenden Raketen in deutsch-französischer Zusammenarbeit?

Antwort des Staatsministers Möllemann

Die Bestimmungen des WEU-Vertrages zum Verbot der Herstellung konventioneller Waffen gelten nur für die Bundesrepublik Deutschland. Eine Beseitigung dieser anachronistischen Verbote ist aus der Sicht der Bundesregierung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer aktiven deutschen Mitwirkung bei den Bemühungen um eine Belebung der WEU als europäischem Pfeiler des Nordatlantischen Bündnisses. Die europäische Zusammenarbeit sollte sich nicht auf Mißtrauen gründen. Die WEU-Versammlung hat sich mehrfach (zuletzt am 29. November 1983) in ihren Empfehlungen an den WEU-Rat dafür ausgesprochen, die einseitig die Bundesrepublik Deutschland diskriminierenden Bestimmungen des WEU-Vertrages im Bereich konventioneller Waffen aufzuheben. Inzwischen haben alle WEU-Partner zu erkennen gegeben, daß sie diese Empfehlung befürworten. Die Bundesregierung hat daher das nach dem WEU-Vertrag vorgesehene Verfahren eingeleitet und wird in Kürze vor dem WEU-Rat den Antrag auf Aufhebung der Herstellungsverbote im Bereich konventioneller Waffen stellen.

Der Antrag der Bundesregierung steht in keinem Zusammenhang mit konkreten Rüstungsvorhaben. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht die Produktion strategischer Bomber und Raketen.

Der im WEU-Vertrag ebenfalls enthaltene einseitige Verzicht auf die Herstellung von A-, B- und C-Waffen wird von dem Antrag nicht berührt. Die Bundesrepublik Deutschland leistet mit diesem Verzicht einen besonders wichtigen und beispielhaften Beitrag zu Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle.

„Der Ausstieg"

Bundesregierung gegen Bau von Sozialwohnungen

Die CDU versucht, die Maßnahme populär zu begründen. Der Ausstieg aus dem Sozialwohnungsbau sei nötig, denn erstens gäbe es ohnehin zuviel leerstehende Wohnungen und zweitens wollten ohnehin alle (oder doch zumindest 70 Prozent) ein Eigenheim. Dies werde künftig verstärkt gefördert.

Eine Argumentation, da sollte man sich nicht täuschen, die durchaus bei vielen „ziehen" kann. Und ein eindeutiges Beispiel dessen, was unter „Wende" zu verstehen ist. Hatte die vorherige Regierung den sozialenWohnungsbau gekürzt, auch bürokratisiert, die Mieten in die Höhe treiben lassen, so macht die jetzige Regierung einfach Schluß mit der ganzen Angelegenheit. Und schafft damit einen Eckpunkt der sozialen Verpflichtungen des Staates ab.

Eigenheimbau — das war von jeher eine politische Parole der Konservativen, auch mit dem Zweck Besitz (möglichst verschuldet) und Schollendenken zu fördern. Das Argument, das heute angeführt wird, es gäbe bereits zu viele Wohnungen, ist nicht nur erkenntlich in den Büros des Hausbesitzerverbandes geboren. Das sowieso. Es ist auch aufgebaut auf eine Betrachtung, die aus der Ferne und formal vorgenommen wird. Es wird auf bestimmte Zahlen geachtet, nicht aber auf Qualität und schon gar nicht auf die Kosten — für die Mieter.

Natürlich sind die angekündigten Proteste des Mieterbundes mehr als berechtigt, sind dringend nötig. Allein: Die Alternative, den sozialen Wohnungsbau so weiterzuführen wie bisher wird nicht allzu mobilisierungsträchtig sein. Da müßten als Alternativen ohne Zweifel Vorschläge zur Reduzierung der Mieten, zur Reduzierung der aufgewendten Zahlungen an die Vermieter (Wohngeld) hinzukommen, dann wäre dies eventuell mobilisierend.

Die Politik der Bundesregierung für die kommenden Haushalte, das zeigt auch und gerade dieser „Ausstieg", geht immer deutlicher von spektakulären, widerstandsträchtigen Maßnahmen zur „stillen Demontage" von sozialen Grundrechten und Errungenschaften über.

Die CDU-Schutzbehauptung, diese neue Eigenheimförderung werde gerade den ärmeren Schichten zugute kommen — das werden alle Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner wie Jugendliche geradezu mit Begeisterung aufnehmen. Nur glauben sollten sie es nicht ...

Aus der Begründung des Urteils gegen Madaus

„Erwartungen an die Politik der CDU“

Das Urteil des Kölner Amtsgerichts gegen den Pharmaindustriellen J. W. Madaus hatten wir in der letzten Ausgabe des RM als einen „Schlag ins Gesicht“ von Kohl bezeichnet. Insbesondere die scheinheiligen Beteuerungen, all dieses Geld wäre eben nur so, ganz ohne politische Absichten, geflossen, wurde durch die Aussagen des Angeklagten und das Urteil direkt widerlegt. Wir dokumentieren im folgenden einige Passagen des Urteils, wie sie im „Spiegel“ abgedruckt waren.

Se t Beginn der sechziger Jahre spendete die Firma auf Weisung des Angeklagten nicht unerhebliche Beträge an die CDU. Der Anstoß zu den jeweiligen Spenden erfolgte regelmäßig durch die für die CDU tätigen Spendensammler. Neben den nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenpolitikern Meyers, Lenz und Köppler wurde der Angeklagte von dem Schatzmeister der Bundes-CDU Leisler Kiep um Spenden angegangen.

Den einzelnen Spenden zugunsten der CDU gingen regelmäßig Schriftwechsel und häufig auch Gespräche mit politisch verantwortlichen Personen der CDU voraus. Dabei wurde von seiten der CDU, insbesondere ihres Kölner Schatzmeisters, stets auf die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung zur Sicherung der politischen Aktivitäten hingewiesen.

Von seiten des Angeklagten bezog sich der Schriftwechsel indessen durchweg auf die Gestaltung politischer Inhalte durch die CDU. Der Angeklagte machte stets deutlich, daß seine finanzielle Unterstützung mit konkreten Erwartungen an die Politik der CDU verbunden ist.

Der Angeklagte wußte, daß die Spenden entgegen seinen steuerlichen Erklärungen für die CDU bestimmt waren und dort auch ankamen. Er war sich auch über die steuermindernden Auswirkungen der falschen Spendenbescheinigungen bei den einzelnen Gesellschaftern im klaren. Er handelte von Anfang an in der Vorstellung, die CDU regelmäßig in verdeckter Form zu unterstützen, und mit der Absicht, durch Vorlage unrichtiger Spendenbescheinigungen Steuern zu sparen.

Genau diese Problematik der Verknüpfung von Geld und Einfluß hatte das Bundesverfassungsgericht bereits 1958 erkannt und deshalb eine steuerliche Begünstigung von Parteispenden verneint.

Der Angeklagte wußte aufgrund seiner Gespräche und des geführten Schriftwechsels auch, daß das Seminar, die SV und die SGM* allein den Zweck hatten, Spenden für politische Parteien entgegenzunehmen und an diese weiterzuleiten. Unter diesen Umständen bleibt kein Raum für einen strafrechtlich relevanten Irrtum. (...)

Wofür Steuergelder gut sind ...

Anwaltskosten trägt der Steuerzahler

Die beiden Mitglieder der Grünen im Haushaltsausschuß waren es, die öffentlich darauf aufmerksam machten, daß die Anwaltskosten der Herren Lambsdorff, Matthöfer und Lahnstein vom Steuerzahler getragen werden müssen.

115000 Mark betrug diese Kleinigkeit eben mal. Das sei normal, stellten die Mitglieder der anderen Fraktionen im Ausschuß fest — und das ist es auch in der Tat. Normal im Sinne von üblich versteht sich, nicht etwa im Sinn von gerechtfertigt.

Am besten bedient wurde dabei wieder einmal der Wirtschaftsgraf, der sich mit 85000 Mark bezuschussen ließ. Natürlich hat er auch am meisten zu prozessieren. Aber bei einem Befürworter einer Sparpolitik, die sich nicht scheut, auch geringfügige Beträge aus der Sozialpolitik zu kappen, muß eine solche Selbstbedienung doppelt hart aufstoßen.

Sollten in der Tat alle Anwaltskosten der Bonner Prominenz, der Prozesse drohen, und das sind nicht wenige, aus der Steuerkasse bezahlt werden? Sozusagen ein Freibrief dafür, die Staatskasse ein zweites Mal zu schröpfen, weil sie nun schon damit angefangen haben?

Offensichtlich ging es nicht nur bei Herrn Barzel darum, ihn nicht zu einem Sozialfall werden zu lassen. Das soziale Netz ist in der Tat so engmaschig wie kein anderes auf der Welt — aber eben nur für Bundespolitiker und Kapitalisten.

Daß so ein Vorgehen für die Fraktionen der etablierten Parteien (auch für die SPD, deren zwei Exminister ja auch mit zusammen 30000 Mark an der Selbstbedienung beteiligt waren) „normal“ erscheint, sagt eigentlich genügend über die aus, zu einer Zeit, da alle Besserung geloben und Sauberkeit und Unbestechlichkeit und und ...

„Auf klarer Rechtsgrundlage“

Auf klarer Rechtsgrundlage sei die Zahlung (inzwischen wird von 140000 Mark gesprochen) an Lambsdorff erfolgt. Dies erklärte der Sprecher des Wirtschaftsministeriums Dieter Vogel. Dem widerspricht die Tatsache, daß mit den ausbezahlten Summen der entsprechende „Ausgabentopf“ weit überzogen wurde. Und daß das zusätzliche Geld aus dem Plan für „Personalverstärkungsmittel“ genommen wurde, das eigentliche für ganz andere Zwecke dienen soll: Nur: Ohne diese „Verschiebung“ wäre es zu einer offenen Aufstockung und damit wohl auch zu entsprechenden — peinlichen — Nachfragen gekommen.

Gelder für Prozesse bekommen die Minister laut Bundesbeamtengesetz, wenn diese im Zusammenhang ihrer Amtstätigkeit stattfinden. Ob Lambsdorffs Dienst für Flick als normale Amtstätigkeit bezeichnet werden kann — darüber wagen nur die Bonner Bürokraten noch zu rätseln ...

Kohl vor dem Untersuchungsausschuß

„Schwamm drüber?“

Der Auftritt des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages unterschied sich deutlich von früheren Befragungen. Die Parteiregie wurde dabei sichtbar. Kohls Auftreten war bestimmt von Aggressivität und Frechheit.

Mit Frechheit ist dabei nicht gemeint, daß Kohl zuerst sein Gedächtnis lobte und sich dann an kaum etwas erinnern mochte. Höhepunkt dieser Passage war seine Aussage, an Vorgänge vor 1977 könne er sich nicht erinnern, weil das Parteiengesetz ja nur eine Aufbewahrungsfrist von fünf Jahren vorschreibe ...

Nein: Nur als frecht kann man seine Äußerung bewerten, die im Tenor vorgebracht wurden „wenn alle klauen ist es halb so schlimm“. Nach einigem Hin und Her gab er zwar Gesetzesverstöße zu — und sie liegen ja in der Tat offen auf der Hand — aber betonte dabei, alle hätten ja illegale „Spenden“ angenommen, deshalb müsse jetzt der „Schwamm drüber“.

Es ist schon eine Ungeheuerlichkeit, wenn ein Regierungschef als Entschuldigung dafür, daß er sich strafbar gemacht hat (und seine aktive Rolle beim Einsammeln der Spenden versucht er ins Positive zu verkehren) nur anzuführen weiß, andere hätten das auch getan.

Das einzige, was er im Zusammenhang mit der Flickschen Steuerbefreiung zugab, nach anfänglicher Weigerung, war, daß er über die Probleme Flicks informiert gewesen sei. Befaßt habe er sich damit nie — das wiederholte er so oft wie andere alte Beteuerungen, die seinen Hauptbeitrag, in der üblichen weitschweifig-nichtssagenden Art, darstellten. Zu anderen Fragen vermied er im wesentlichen — trotz zwischenzeitlich anderer Behauptungen — Aussagen zu machen.

Berichterstatter aller Richtungen waren sich darin einig, daß man bei dieser Befragung sehr deutlich die Bemühungen der CDU-Abgeordneten sehen konnte, den Kanzler zu schonen, ihm solche Fragen zu stellen, die ihm entgegenkamen. Deshalb machten sie auch entschieden Front gegen eine erneute Befragung des Gesetzesbrechers. Stattdessen wurde ihm die Chance eingeräumt, lautstark gegen die „Hamburger Kloakenblätter“ zu wettern, die die Sache ans Tageslicht beförderten. Ähnlich aggressiv versuchte er auch jede weitergehende Frage auszuschließen.

Ob die Forderung Otto Schilys nach Einblick in weitere Aktenordner, die sich in der Hand der Staatsanwaltschaft befinden erfüllt wird, wird davon abhängen, ob auch die SPD-Mitglieder des Untersuchungsausschusses sich für diese Forderung einsetzen. Gemeinsam haben sie genügend Mitglieder für das erforderliche Minderheitsbegehren. Verschiedene Zeitungen berichteten aber von intensiven Besprechungen zwischen SPD- und CDU-Abgeordneten zu diesem Problem. Hilft die SPD aus „Staatserhaltungstrieb“ weiter mit, diesen CDU-Kanzler zu stützen?

Protokoll der Kohl-Anhörung

„Wir alle haben gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen“

Kohl vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuß: Der Mann, der vor kurzem mit einem Amnestieversuch für sich und seine Geldgeber nicht durchkam, versucht es mit der alten Taktik, alle hätten ja ... Kurze Auszüge aus dem Vernehmungsprotokoll.

Schily: Sie haben doch eine Verpflichtung aus Artikel 21 Grundgesetz in Verbindung mit Paragraph 25 des Parteiengesetzes, die Spender namhaft zu machen. Wenn ich mich recht entsinne, sind es Beträge über 20000 Mark.

Kohl: Ich habe die Frage auch schon beantwortet. Zu den Fehlern, die wir uns vorzuhalten haben, gehört, daß wir — alle demokratischen Parteien — diese rechtliche Feststellung nicht eingehalten haben.

Schily: Darf ich Ihre Antwort so verstehen, Herr Zeuge, daß Sie bewußt gegen diesen Verfassungsartikel verstoßen haben?
Kohl: Wir alle, also das heißt, der Kollege Brandt, der Kollege Scheel, der Kollege Genscher, der Kollege Strauß und auch ich und alle unsere Schatzmeister ...
Schily: War Ihnen bekannt, daß nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu den zentralen Geboten das Gebot der Namhaftmachung gehörte?
Kohl: Ich habe Ihnen die Antwort gegeben. Wir haben alle in dieser Sache gegen die gesetzliche Bestimmung verstoßen.
Schily: Darf ich Ihre Antwort so verstehen, daß Sie bewußt dagegen verstoßen haben?
Kohl: Alle demokratischen Parteien haben hier die gesetzliche Verpflichtung nicht erfüllt.
Schily: Sie haben sich auch gar nicht erkundigt, daß das eine Spende aus dem Hause Flick war?
Kohl: Das habe ich schon beantwortet. Ich habe nicht die Absicht ...
Langner: Beruhigen Sie sich!
Kohl: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe nicht die Absicht, jede Frage dreimal zu beantworten, wobei offenkundig ist, welche Absicht sich dahinter verbirgt, jedenfalls nicht die Wahrheitsfindung.
Schily: Das bitte ich mal zurückzuweisen, daß mir der Zeuge unterstellt, es bestünde nicht die Absicht der Wahrheitsfindung.
Langner: Der Zeuge hat nur gesagt ...
Schily: Das weise ich mit Entschiedenheit und Nachdruck zurück.
Langner: Das ist Ihr Recht. Der Zeuge hatte auch nur gesagt, daß das Wiederholen von Fragen, die bereits beantwortet sind, nicht der Wahrheitsfindung dient.

Aus „Stählerne Faust“, Betriebszeitung der KPD bei Hoesch/Dortmund

„Flick-Skandal nun auch bei Hoesch“

In der jüngsten Ausgabe ihrer Betriebszeitung geht die Parteizelle Hoesch auf die Verwicklungen des Herrn Selle („In Siegen gab es schon immer eine enge Verbindung zum Haus Flick“), seines Zeichens SPD-Landtagsabgeordneter und Aufsichtsratsmitglied der Hoesch Stahl AG in die Flick-Spenderei ein ...

Zu den Politikern, die auf Flicks Spendenliste (oder besser: Gehaltsliste) stehen, gehört auch erwiesenermaßen und nach eigenem Eingeständnis ein gewisser Herr Hilmar Selle. Ist dir nicht bekannt der Mann? Nun, der Hilmar Selle ist Landtagsabgeordneter der SPD aus dem Siegerland, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Selbständige in der SPD/NRW und — Aufsichtsratsmitglied in der neugebildeten Hoesch Stahl AG. Du meinst, Kollege, auf der Unternehmerbank im Aufsichtsrat? Falsch getippt. Der Mann ist als Arbeitnehmervertreter (!) in den AR gewählt worden. Er soll dort deine und meine, unsere Interessen vertreten!

Mal ganz abgesehen davon, daß das Aktiengesetz „unsere“ Vertreter im Aufsichtsrat eh auf die Interessen des Unternehmens verpflichtet (und nicht etwa auf die der Belegschaft), so stellt sich doch wohl die Frage: tritt der Selle nun freiwillig zurück, oder muß er erst zurückgetreten werden?

FLICK

Rücktritt Neuwahlen

Lasst euch nicht verKOHLen

KPD KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Plakat und Kleber der KPD zu Flick und Kohl. Zu bestellen über den Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526; Preis der Kleber: Stück 50 Pfennig; 10 Stück 3,00 DM, 50 Stück 12,50 DM und 100 Stück 20,00 DM (jeweils zuzüglich Porto)



Korrespondenz aus Hamburg

Wir werden unser Recht erkämpfen

5.30 Uhr Donnerstag morgen: vor den Toren der Firma NADGE in Hamburg-Rothenburgsort versammeln sich türkische Frauen und Männer. Schilder der GHK mit der Aufschrift: „Wir streiken" werden umgehängt. Urabstimmungszettel mit türkischer Aufschrift werden angekreuzt und eingesammelt. Für ein bis zwei Stunden war dieser Warnstreik geplant, um die Urabstimmung durchzuführen. Doch der NADGE-Boß Wolpers macht einen Strich durch die Rechnung. Als er sich über die Aktion der Kollegen lustig zu machen versucht, so tut, als ginge ihn das gar nichts an, beschließen die Streikenden kurzerhand, ihren Streik auszudehnen. Zwei volle Schichten lang, 17 Stunden bleiben sie vor dem Tor.

Die kämpferische Stimmung, auch diesen Boß kleinzukriegen, schlägt sich im Urabstimmungsergebnis nieder: 87 Prozent zeigen ihre Bereitschaft zu weiteren Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Forderungen. Und diese lassen sich ganz schlicht und einfach zusammenfassen: sie wollen einen Tarifvertrag, wie er im Bereich der holzverarbeitenden Industrie üblich ist.



Daß Wolpers durch die Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen getroffen ist, beweist sich am nächsten Tag. Nach alter Kapitalistenart will er sich rächen, indem er alle Teilnehmer am Streik praktisch aussperrt. Doch damit kann er sie nicht treffen: Sie stempeln, lassen ihre Namen vom Betriebsrat notieren und machen nach dem anstrengenden und langen Warnstreik vom Vortag einen Ruhetag. Den Lohn werden sie sich vor Gericht wiedereinklagen. Die übrigen, die „braven" Streikbrecher werden vom Boß mit halben Hähnchen entschädigt, daß sie stattdessen 16 Stunden an diesem Freitag für ihn schuften müssen. Die Streikbrecher, das sind — teilweise sogar gewerkschaftlich organisierte — hauptsächlich deutsche Facharbeiter und Angestellte, die mit übertariflichen Zahlungen gekauft werden, um bei NADGE in den entscheidenden Positionen den Betrieb in Gang zu halten.

Bei NADGE werden aus Baumstämmen Furniere hergestellt. Die Privilegierten Jobs — das sind die Maschinenführer in Messerei und Dämpferei und die verantwortlichen für die Maschinenanlage. Für die übrigen sieht's anders aus. Harte Knochenarbeit — u.a. im Winter bei Eiseskälte Arbeit mit nassem Holzschnitt, im Sommer über 40° bei den Trockenanlagen — bei untertariflicher Bezahlung, 9,— bis 10,— DM/Stunde für die Frauen, die mit 70 von ca. 130 Belegschaftsmitgliedern die Mehrheit stellen. Kaputte Fensterscheiben und unzureichende bzw. defekte sanitäre Anlagen — bei NADGE ein Dauerzustand.

1981 ist die Firma, um den Tarifvertrag zu umgehen, aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Seitdem gab es keine Lohnerhöhung mehr. Seitdem gab es kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld. Für alle, die weniger als fünf Jahre im Betrieb sind, und das sind die meisten, gibt es nur 25 Urlaubstage im Jahr. Zum Ausgleich gibt's „Erfolgsprämie" zwischen 300,— und 900,— Mark im Jahr, abhängig vom Erfolg der Firma. Davon werden allerdings für jeden Tag Fehlzeit, egal ob durch Krankheit, Unfall oder unbezahlten Urlaub, je 20,— DM abgezogen.

Lange Zeit wurde dieser Zustand von den Betroffenen mehr oder weniger erduldet. Auf Kosten der „wehrlosen" türkischen Frauen und Männer, durch Bestechung der privilegierten deutschen Kollegen, seinen Profit in die Höhe zu schrauben, das war die Rechnung von Wolpers. Die geht jetzt nicht mehr so auf.

Der Anfang vom Ende war, als es im Frühjahr dieses Jahres gelang, echte Interessenvertreter der Beschäftigungsmehrheit in den Betriebsrat zu wählen. Da war der Boß allerdings noch ahnungslos, und das war gut so. Zwei türkische Kolleginnen und ein türkischer Kollege wurden neu in den Betriebsrat gewählt. Gegenüber den beiden anderen BR-Mitgliedern, die sich weiterhin allein als Verteidiger der Privilegien der deutschen Kollegen verstehen, stellen sie die Mehrheit und damit auch die Vorsitzende im BR. Eine starke Vertretung der Interessen der Belegschaft war so trotz allem durch den BR nicht möglich. Boß Wolpers konnte sich so leicht über alle Forderungen hinwegsetzen.

Doch bei den Kolleginnen und Kollegen entwickelte sich so das Bewußtsein, daß die Forderungen nach den tarifvertraglichen Leistungen nicht nur vollauf berechtigt sind, sondern auch, daß es notwendig ist, zu ihrer Durchsetzung den Druck zu verstärken, sich deshalb zu organisieren. Innerhalb eines halben Jahres stieg die Zahl der gewerkschaftlich organisierten im Betrieb von 30 auf 87.

Obwohl bislang keine positiven Erfahrungen mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff vorhanden waren. Doch immerhin kannte die GHK nach eigenen Angaben bereits seit mehreren Jahren die Zustände bei NADGE, passiert war aber nichts. Doch der Aufschwung bei den Mitgliederzahlen konnte auch den Druck in diese Richtung verstärken. Unterstützung bei Warnstreik, Urabstimmung und Rechtsschutz durch die GHK und jetzt der Antrag auf weitere Streikunterstützung beim Hauptvorstand nach dem erfolgreichen Urabstimmungsergebnis — das sind die Erfolge dieses Drucks.

Am Samstag war Streikversammlung und eine Streikleitung aus Belegschaftsvertretern und der GHK-Ortsverwaltung wurde bestätigt. Die Stimmung bei den anwesenden Kolleginnen und Kollegen und ihren Familienangehörigen war weiterhin entschlossen — „wir werden unser Recht erkämpfen" hieß es immer wieder. Viele wollten am liebsten gleich voll weitermachen mit unbefristetem Streik.

Aber auch die Probleme wurden deutlich. Nach wie vor besteht die Gefahr, daß der Betrieb durch Streikbrecher in den Schlüsselpositionen und angeheuerte Aushilfskräfte in Gang gehalten wird. Den Betrieb durch Blockaden stillzulegen, ist allein aufgrund der Zahl der Streikenden gegenüber allein vier Zugangstoren schwer vorstellbar.

Außerdem wäre das für die türkischen Kolleginnen und Kollegen wegen des Ausländer(un)rechts mit besonderen Risiken verbunden. Am Montag, so wurde deshalb auf der Streikversammlung beschlossen, werden die Kolleginnen und Kollegen wieder zur Arbeit gehen. Die Streikleitung wird die nächsten Aktionen vorbereiten. Der Vertreter der GHK-Ortsverwaltung teilte außerdem unter dem Beifall der Versammelten mit, daß die bislang in der GHK organisierten Streikbrecher sich ab sofort als ausgeschlossen zu betrachten hätten. Streikbruch und Gewerkschaftsmitgliedschaft schlössen sich gegenseitig aus. Aber bereits am Wochenende gelang es auch ein Einbruch in die Streikbrecherfront: ein türkischer Kollege konnte für die Beteiligung an weiteren Kampfmaßnahmen gewonnen werden.

Die KPD in Hamburg wird nach ihren Kräften den Kampf der Belegschaft bei NADGE unterstützen. Wir werden den Kolleginnen und Kollegen und ihren Kampf an die Öffentlichkeit zu tragen, zur Solidarität aufrufen und auch durch praktische Solidarität zum Erfolg in diesem Kampf beizutragen versuchen.

Änderung des BVG

Schwächung der DGB-Gewerkschaften geplant

So muß die Beurteilung eines Gesetzentwurfes lauten, der derzeit zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kursiert.

• Das bisherige Sammeln von Unterschriften für eine Liste zur Betriebsratswahl — was mancherorts auch linksoppositionellen Listen gewisse Schwierigkeiten bereitet hatte — soll in Zukunft ersatzlos wegfallen. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen zwei Unterschriften aus der jeweiligen Gewerkschaft bzw. aus anderen „tariffähigen Gruppen" ausreichen, um eine eigene Liste einzureichen.

Dies richtet sich einerseits auf eine Stärkung der Spalterorganisationen wie DAG, Union leitender Angestellter und Christlicher Gewerkschaftsbund — andererseits mit der Formulierung von „tariffähiger Gruppen" auch eindeutig gegen linksoppositionelle Gruppen.

• Der zweite Punkt, um den es geht, ist die Änderung im „praktischen Leben" der Betriebsräte — damit ist gemeint, daß auch bei der Frage der Freistellungen und der Ausschußbesetzungen es nach dem Verhältniswahlrecht gehen soll — d.h. daß jeder Gruppe, die in den Betriebsrat hineingekommen ist, entsprechend ihrer Stärke Sitze im Betriebsausschuß und anderen Ausschüssen sowie Freistellungen automatisch zustehen würden.

Bezeichnend ist, von wem die Initiative zu diesem Vorstoß ausging — von einer Gruppe DAG und CGB Abgeordneten. Bearbeitet wurde der Entwurf vom Vorsitzenden des Ausschusses „Arbeit und Soziales" — dem Siemens-Direktor George. Weitergeleitet über Dregger haben jetzt die Juristen bei IGM-Mitglied Blüm im Hause die Aufgabe, die letzten juristischen Feinheiten zu erarbeiten. Mit diesem Vorhaben — parallel dazu bereitet die Mittelstandsvereinigung der CDU eine Initiative vor, „Sprecherausschüsse" für Angestellte zu bilden — soll es möglich werden, daß die Spaltergewerkschaften ohne betriebliche Basis dennoch eine Liste zur Betriebsratswahl einreichen können.

Krupp und Klöckner fordern Arbeitsplatzvernichtungsprämie von Bonn!

In einem Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister vom 7.11.84 haben die Vorstände von Krupp und Klöckner gefordert, ihre neue Stahlehe mit Rio Tinto — CRA — mit 350 Millionen Mark zur Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zu subventionieren.

Wichtige Ausschnitte aus dem Brief dokumentieren wir nebenstehend. Gegen diese Pläne der Konzernherren haben in den letzten Tagen die ersten Aktionen der Belegschaften stattgefunden.

In Georgsmarienhütte fand mit etwa 8000 Teilnehmern die größte Demonstration seit Menschengedenken an diesem Ort für den Erhalt des auf der Abschußliste stehenden Stahlwerks statt.

In Leverkusen wurde von mehreren tausend Menschen ebenfalls für den Erhalt der Warmmittelbandstraße bei Wuppermann demonstriert. Bei den Klöckner-Werken in Bremen findet — gerichtlich erstritten — in dieser Woche eine außerordentliche Belegschaftsversammlung zur geplanten Fusion statt.

Den Aufruf der Klöckner-Vertrauensleute an alle anderen Vertrauensleute in der Stahlindustrie, gemeinsam die Abhaltung einer Konferenz zu fordern — vom IGM-Vorstand — auf der beraten werden soll, wie die neuen Rationalisierungspläne durch gemeinsamen Widerstand verhindert werden können, hat ein erstes Echo gefunden: Hoesch-Vertrauenskörperleitungen unterstützen diese Forderung.

Auszüge aus dem Brief an das Ministerium

Durch Stillegung der Mittelbandstraße in Leverkusen und Verlagerung der entsprechenden Produktion auf die Warmbreitbandstraßen in Bochum und Bremen kann das wirtschaftliche Ergebnis dieses Produktionsbereiches verbessert werden.

Eine Stillegung des Kaltwalzwerkes Haidhof und eine Verlagerung der Erzeugung nach Bremen und Bochum verbessert die Ergebnislage in diesem Produktionsbereich deutlich. Durch diese Maßnahme werden im Kaltwalzwerk Haidhof rd. 700 Belegschaftsmitglieder freigesetzt. Dafür werden an den Standorten Bremen und Bochum insgesamt 200 Mitarbeiter zusätzlich benötigt.

Durch die Stillegung der zwei Profilstraßen in Georgsmarienhütte und Verlagerung der Produktionsmöglichkeiten nach Haidhof, Siegen und Hagen wird sich die Ergebnislage auch im Profilbereich deutlich verbessern. In diesem Zusammenhang würde auch die Rohstahlerzeugung am Standort Georgsmarienhütte entfallen.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Kapazitätsreduzierungen werden folgende Aufwendungen anfallen:

Teilwertabschreibungen

Wuppermann	*130 Mio DM*
Haidhof	*35 Mio DM*
Georgsmarienhütte	*330 Mio DM*
Summe	*495 Mio DM*

Sozialplanaufwendungen

Hierbei wird von Peronalanpassungen von rd. 3900 Mitarbeitern ausgegangen, darin enthalten 250 Mitarbeiter im Overhead-Bereich. Da mit einem Personalzuwachs von rd. 1000 Mitarbeitern an denjenigen Aggregaten gerechnet wird, auf die Produktionsanteile konzentriert werden, gehen im Saldo rd. 2900 Arbeitsplätze in der neuen Gesellschaft verloren. Insgesamt wird mit Sozialplanaufwendungen an allen Standorten von rd. 200 Mio DM gerechnet.

Korrespondenz aus Bremen

Wir haben gewonnen!

Nach langer Zeit gewinnt ein Personalrat, dazu noch ein Ausbildungspersonalrat gegen den Dienstherren einen Prozeß, in erster Instanz.

Im Sommer letzten Jahres begann ein neuer Kurs der Krankenpflegeausbildung im ZHK Bremen-Ost.

Sicher, da ist nichts Besonderes dran, weil: „das passiert zweimal im Jahr. Doch dieser Kurs ist etwas Besonderes! Zwanzig Kolleginnen und Kollegen aus artverwandten Berufen wie Zahnarzthelferinnen, Masseure etc., die schon lange keine Arbeit mehr fanden, werden vom Arbeitsamt umgeschult.

Die Kursleiterin (arbeitslose Unterrichtsschwester) ist eine ABM-Stelle, die nach Abschluß des Examens wieder arbeitslos wird. Das wird sehr wahrscheinlich auch den Leuten aus dem Kurs geschehen — es gibt nämlich schon erhebliche Schwierigkeiten, all die aus den dreijährigen Kursen unterzubringen.

Der Umschüler-Kurs macht die Ausbildung in 2 1/2 Jahren, 1/2 wird ihnen angerechnet. Diese Zeit über bekommen sie immer dasselbe Unterhaltsgeld, und das ist im Schnitt 650,— DM.

Sie bekommen weder Lehrmaterial noch Wochenend-, Nacht- oder Feiertagszuschläge. Der Einsatzplan ist nach dem Bedarf des Krankenhauses aufgestellt, nicht nach dem Ziel der „Ausbildung". So verbringen sie z.B. 1/2 Jahr auf der Psychiatrie, wobei gar dem Laien einleuchtet, daß das mit eigentlicher Krankenpflege wenig zu tun hat.

Wir hatten uns angewöhnt, die Erstsemester vor ihrer Ausbildung zu uns ins Büro einzuladen. Wir wollten uns vorstellen und ihnen erzählen, was sie so erwartet. Also forderten wir Namen und Adressen an sowie den Einsatzplan — und staunten! Die Schule behauptete: „Sie sind nicht zuständig, nicht vertretungsberechtigt." Der Grund sollte sein: das Arbeitsamt sei der Arbeitgeber, nicht der Senat.

Das wollte uns nun gar nicht einleuchten. Seit wann fungiert das Arbeitsamt als Arbeitgeber?

Also wurden Gesetzbücher gewälzt, und heraus kam: Derjenige ist Arbeitgeber, dem die Leute weisungsgebunden unterstellt sind. Aha, ertappt. Das Arbeitsamt kann wohl kaum Weisungen in der Klinik erteilen und lehnt es, nach Rücksprache, auch ab.

Und somit ist der Ausbildungspersonalrat also vertretungsberechtigt. Aber unser Dienstherr wollte das nicht einsehen. Es wäre doch auch sooo schön, den Umschülerkurs ohne diese lästigen APRler ausbeuten zu können. Bezahlt werden sie vom Arbeitsamt und Ausbildung läuft noch sparsamer als bis uns.

Seit einem Jahr wird das nun vor Gericht verhandelt, vor dem Verwaltungsgericht in Bremen. Die Arbeit hat sich gelohnt, die erste Instanz gewannen wir!

Aus „Plakat", Zeitung für Daimler-Benz/Untertürkheim

Dieser Betriebsrat ist eine Katastrophe!

Unter dieser Überschrift berichtet die Plakat-Gruppe in der Oktober-Ausgabe ihrer Zeitung für Daimler-Benz in Untertürkheim über ein neues „Elektronisches Anwesenheitszeit- und Fehlzeitenerfassungssystem" — und wie sich der Betriebsrat dazu stellte. Gleichzeitig berichten sie in einem anderen Artikel über die ersten Probleme, die beim Umsetzen des Tarifvertrages verstärkt auftauchen werden — das von seiten der Unternehmer geplante Durchfahren der Pausen. Wir drucken im folgenden beide Artikel ab.

Das Erpresser-Quartett

Vor einem Jahr haben die IGM-Betriebsräte der Werksleitung genehmigt, im Automatensaal in Hedelfingen bei den Planetenrädern mit dem Durchfahren der Pausen zu beginnen. Durch Gruppenarbeit und Maschinenführer, so sagten sie, wird die Arbeitsbelastung für alle vermindert — und dazu gibt es noch mehr Arbeitswerte und einen gesicherten Lohn von 105 Prozent.

Es hörte sich wunderbar an. Doch an Automaten zu arbeiten bedeutet noch lange nicht, alles automatisch zu glauben.

Also kamen Ende September vier Herren zu den Arbeitern, um den endgültigen Segen für die Pausenregelung zu „erbitten"... Der Abteilungsleiter Dolde, die Herren Streppel und Wirsching von der Personalabteilung sowie Herr Eckert, der Chef der Abteilung Zeitwegnehmer.

Sie bekamen von den Kollegen einiges zu hören. Von wegen weniger Belastung Auf Grund des Pausendurchfahrens und der Verkürzung der Vorgabezeiten ist die Belastung gestiegen, wenn auch Herr Eckert verzweifelt versuchte, anhand eines wunderschön gemalten Schaubildes das Gegenteil zu beweisen — es war zwar schön, aber es glaubte ihm keiner. Und da gibt es tatsächlich Herren — oder solche, die sich dafür halten, die mit AW-Abzug drohen, wenn von 20000 Teilen mal 30 Ausschuß sind. Und da lehnen es die vier Herren rigoros ab, daß alle Kollegen in der Spätschicht wenigstens 6 Minuten früher in den Waschraum gehen können.

Und gegen Ende der Versammlung ließen sie dann die Katze aus dem Sack, sehr freundlich aber unüberhörbar: Es ging ihnen im Grunde gar nicht darum, die Meinung der Kollegen zu befragen. „Wenn ihr mit der Pausenregelung nicht zufrieden seid," sagten sie, „dann sind wir gezwungen, Teile nach auswärts zu vergeben, oder wir ordnen eine 3-Maschinen-Bedienung mit den neuen Vorgabezeiten an — dann werdet ihr euch wundern, was besser ist." So das Ergebnis der „freimütigen" Diskussion...

Das war im Automatensaal. Jetzt wird das Pausendurchfahren weiter ausgebaut. Als nächstes sind die Schaltschieber dran sowie die Kernmacherei in der Gießerei.

Doch bereits jetzt liegen die Pläne der Werksleitung auf dem Tisch, die neuen Pausenregelungen in vielen anderen Abteilungen einzuführen. Der Damm ist gebrochen. Die IGM-Betriebsräte haben dem Pausendurchfahren nichts entgegenzusetzen — im Gegenteil, sie befürworten nach wie vor die neuen Pausenregelungen, obwohl immer mehr Kollegen begreifen, daß es eine geschickt gestellte Falle der Werksleitung war, in die sie hineingelaufen sind: ein paar Pfennig mehr Lohn ändert daran nichts, zumal die Belastungen steigen und immer mehr Freiräume weggenommen werden.

Dieser Betriebsrat ist eine Katastrophe!

Von Anfang 1985 an werden alle Stempeluhren bei Daimler-Benz an einen zentralen Computer angeschlossen. Neben einer Unmenge von persönlichen und Arbeitsplatzdaten werden dann auch die „Zeit-Daten" elektronisch verarbeitet. Die maschinelle Verarbeitung der Komm- und Geh- sowie der Fehlzeiten in Verbindung mit den persönlichen Daten machen uns wieder ein Stück durchsichtiger. Trotzdem hat die Betriebsratsmehrheit gegen die Stimmen der PLAKAT-Gruppe und der UAG (sowie 3 [!] aufrechten IGMlern) den Firmenplänen zugestimmt. Ihre Gründe waren:

1. Das System gibt es schon in Sindelfingen — warum soll es also schlecht sein...

2. Ein Spezialist aus der Frankfurter Gewerkschaftszentrale war bei den Sindelfinger Verhandlungen dabei — dann muß es auch gut sein...

3. Die Werksleitung hat angedeutet, daß in begrenzten Arbeiterbereichen die Gleitzeit eingeführt werden soll — und der Werksleitung zu glauben, ist oberstes Gebot...

Die Werksleitung hat es mit der Einführung dieses Kontrollsystems so eilig, daß der Kollege Mössner sogar auf Krücken zur Betriebsrats-Sitzung kam, um für die „Integrierte Anwesenheits- und Fehlzeiterfassung" — so heißt das System — zu plädieren.

Das ist Sozialpartnerschaft in Vollendung!

Obwohl viele rechtliche Fragen noch offen sind und auf Mitbestimmungsrechte verzichtet wird, meinte der Vertrauensleute-chef kategorisch: Meine Meinung steht fest, da ändert sich auch in zwei oder vier Wochen nichts mehr. Die Werksleitung wirds ihm danken.

Kolleginnen und Kollegen, die IGM-Fraktion im Betriebsrat wird langsam skrupellos: was die Firma will, genehmigt sie — ohne Gegenforderungen zu stellen:

- Sie verzichten auf die gemeinsamen Pausen, verteidigen das Durchfahren der Pausen noch und wundern sich, wenn die Leistungsanforderungen steigen.
- Sie genehmigen Überstunden und akzeptieren Nachtarbeit — ohne konkrete Zusagen zur Vorruhestandsregelung und Freizeitausgleich zu bekommen.
- Sie genehmigen Vorholsamstage für über 3000 Kollegen — wohlwissend, daß das die Kollegen sind, die sowieso schon am meisten belastet sind.
- Sie befürworten Computer-Stempeluhren — ohne wenigstens eine konkrete Vereinbarung über die Gleitzeit für Arbeiter vorher auf dem Tisch zu haben.

„Ja" sagen ist des Metallers erste Pflicht. Nach dieser Melodie läuft zur Zeit gewerkschaftliche Betriebsratspolitik. Den großen Sprüchen während des Streiks folgt die Leisetreterei auf allen Ebenen. Mit Interessenvertretung der Kollegen hat dies nichts mehr zu tun. Kein Wunder, daß viele sauer sind auf diese „einheitliche und geschlossene Kopfnickerfraktion" im Betriebsrat.

Betriebsratsprozeß Zimball vertagt

IGM-Vorstand verweigerte Einladung zur Vertrauensleutekonferenz

In der Verhandlung am 26.10. vor dem Landesarbeitsgericht wurde der Prozeß gegen den Betriebsrat M. Zimball auf den 14. Dezember vertagt, da das Gericht noch einen Beweisbeschluß faßte, um endgültig darüber zu entscheiden, ob die fehlende Zustimmung des Betriebsrates durch Gerichtsbeschluß ersetzt wird.

In diesem Zusammenhang ist die Reaktion des Vorstandes der IGM scharf zu kritisieren. U.a. die Vertrauenskörperleitung von Klöckner in Bremen hatte vom IGM-Vorstand gefordert, daß M. Zimball zur 12. Vertrauensleutekonferenz vom 15.—17.11. in Mannheim eingeladen wird, um über seinen Fall zu berichten. Dies deshalb, weil es einmal um prinzipielle Rechte von Betriebsräten in diesem Prozeß geht, zum anderen weil es nicht zufällig ein staatliches Unternehmen ist, in dem die Wenderegierung selbst ihre Finger im Spiel hat, um einen mißliebigen, kämpferischen Kollegen vor die Tür zu setzen.

In einem Schreiben vom 15.10. antwortet H. von Fintel aus der Abteilung Vertrauensleute mit folgendem Brief, der angesichts der Bedeutung des Falles nur auf Protest stoßen kann:

Eurem Antrag, den Kollegen Zimball zur Vertrauensleutekonferenz einzuladen, können wir leider nicht entsprechen. In den 10000 Betrieben des Organisationsbereiches der IG Metall gibt es hunderte von Kolleginnen und Kollegen, denen in diesem Jahr von ihren Arbeitgebern Unrecht angetan wurde. Sie alle könnten dann mit gleichem Recht eine Einladung zur Vertrauensleutekonferenz verlangen, um dort ihre Situation zu schildern.

Es gehört jedoch durchaus auf Vertrauensleutekonferenzen, daß von Teilnehmern in Diskussionsbeiträgen berichtet wird, wie einzelne Arbeitgeber mit ihren Arbeitnehmern umgehen.

Ihr solltet davon Gebrauch machen.



Streikende Postler am Frankfurter Hauptbahnhof — an ihnen hat es nicht gelegen, daß im gesamten öffentlichen Dienst ein Traumabschluß — für Zimmermann — zustande kam...

Mülheim/Ruhr:

Clark und Mannesmann feuern aktive Gewerkschafter

Betriebsräte als verlängerter Arm der Geschäftsleitung

Unter dieser Überschrift ist eine kleine Broschüre erschienen — zu beziehen über W. Nittel, Wildstr. 57, 41 Duisburg 1 — in der es im Vorwort u.a. heißt:

Im letzten Jahr wurden in zwei Mülheimer Betrieben drei IGM-Funktionäre fristlos gekündigt, die bei ihren Kollegen als einsatzbereite und mutige Gewerkschafter bekannt sind. In allen drei Fällen haben die zuständigen Betriebsräte (ebenfalls IGM-Mitglieder!) der Kündigung zugestimmt, obwohl der letzte Gewerkschaftstag die Zustimmung zu Kündigungen ausdrücklich verurteilt hat. Zwei der betroffenen Kollegen haben inzwischen vor Gericht recht bekommen. Aber obwohl ihre Kündigung unwirksam ist, sind sie immer noch arbeitslos. Die Verhandlung über die Kündigung des dritten Kollegen steht kurz bevor; auch er hat gute Erfolgschancen.

Spätestens seit der letzten Tarifrunde sehen wir, wie die Unternehmer vorgehen, um die Gewerkschaften gefügig zu machen. Entlassungen aktiver Gewerkschafter sind ein Teil ihrer Strategie. Für die Gewerkschaften ist energische Gegenwehr eine Überlebensfrage. Innergewerkschaftliche Meinungsverschiedenheiten dürfen niemals die gemeinsame Abwehr der Unternehmerangriffe in Frage stellen. Die Betriebsräte von Clark und Mannesmann haben mit ihrer Zustimmung zu den Kündigungen die gewerkschaftliche Einheit aufgekündigt.

Die Ortsverwaltung der Mülheimer IGM sieht untätig zu. Sie war sich an die Beschlußlage des letzten Gewerkschaftstages halten würde, müßte sie den drei Kollegen jede nur denkbare Unterstützung gewähren mit dem Ziel, die Kündigungen rückgängig zu machen. Da bisher eine eindeutige Stellungnahme und Unterstützung ausgeblieben ist, machen sich in den Betrieben Angst und Resignation breit. In einem Fall haben bereits 25 Kollegen ihren Gewerkschaftsaustritt angedroht.

Kein(e) Gewerkschafter(in) darf dieser Entwicklung gleichgültig oder abwartend zusehen. Die folgenden Berichte sollen allen interessierten Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil zu bilden.

Im Interesse aller Gewerkschaftsmitglieder ist es nötig, sich mit den entlassenen Kollegen zu solidarisieren und gegen das Verhalten der Betriebsräte wie gegen die Untätigkeit der IG Metall zu protestieren. Geben wird den Unternehmern auch nur den kleinen Finger, dann nehmen sie die ganze Hand. Wenn ihnen der Rausschmiß aktiver Gewerkschafter derart leicht gemacht wird, wie in den drei beschriebenen Fällen, dann sind die nächsten Kündigungen vorprogrammiert. Oder es wird bald gar keine kämpferischen Kollegen und Kolleginnen mehr geben und in den Betrieben Friedhofsruhe herrschen.

Deshalb: Solidarisiert euch mit den betroffenen Kollegen! Protestiert gegen das gewerkschaftsschädigende Verhalten der Betriebsräte von Clark und Mannesmann! Fordert die Mülheimer Ortsverwaltung der IG Metall auf, ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachzukommen, eindeutig Stellung zu beziehen und den drei Kollegen bei ihrem Bemühen um Weiterbeschäftigung jede nur mögliche Unterstützung zu geben!

11. Kündigung gegen die drei BMW-Gewerkschafter

Am 10. Oktober hat die 18. Kammer des Arbeitsgerichts in einem Beschluß zur Erzwingung der Weiterbeschäftigung von Hans Köbrich gegen BMW ein Zwangsgeld von 20000 Mark festgesetzt, „ersatzweise für je 200 Mark ein Tag Zwangshaft des Vorstandsvorsitzenden Eberhard v. Kuenheim". Bislang hat BMW nicht gezahlt, noch sitzt v. Kuenheim ein. Stattdessen hat BMW gegen Hans Köbrich die mittlerweile dritte Kündigung ausgesprochen.

Dies ist die dritte Kündigung gegen Hans Köbrich, für die drei entlassenen BMW-Gewerkschafter ist es die elfte innerhalb eines halben Jahres. Die neue Kündigung gegen Hans Köbrich ist fristgerecht, eine „ordentliche" Kündigung. Das ist bei Hans Köbrich möglich, da er dem letzten Betriebsrat nicht angehörte und sein besonderer Kündigungsschutz als Betriebsratskandidat von einem halben Jahr inzwischen abgelaufen ist. Als Gründe für diese „ordentliche" Kündigung werden neben den bekannten Gründen für die erste und zweite fristlose Kündigung auch detailliert aufgelistete Beanstandungen der Arbeitsleistung von BMW angegeben. Die Liste dieser Beanstandungen reicht bis ins Jahr 1981 zurück, aber keine einzige dieser Beanstandungen der Arbeitsleistung von Hans Köbrich wurde von BMW vorgebracht, bevor Hans Köbrich als engagierter Gewerkschafter und Anfechter der Betriebsratswahl hervorgetreten ist.

Am 12.10. hat der Vorsitzende Richter am Landesarbeitsgericht, Dr. Achim Lepke, in Form einer Einzelrichterentscheidung beschlossen, daß die Zwangsvollstreckung der Weiterbeschäftigung Peter Vollmers einstweilen einzustellen sei, weil der Firma BMW die Weiterbeschäftigung wegen der durch Vollmer drohenden Störung des Betriebsfriedens nicht zugemutet werden können. Dieser Beschluß ist eine erste negative Gerichtsurteil für die drei Entlassenen. Derselbe Richter wird auch über die Berufung in der Kündigungsschutzklage von Peter Vollmer urteilen.

Die IG Metall lehnt als Rechtsvertreterin Peter Vollmers den Richter Lepke wegen Befangenheit ab. Lepke hat den BMW-Argumenten offenkundig unbesehen geglaubt. Sonst hätte ihm auffallen müssen, daß von den zur Glaubhaftmachung von BMW vorgelegten eidesstattlichen Versicherungen z.B. eine schon im August verfaßt ist, aber Bezug nimmt auf einen Schriftsatz von BMW, der erst im Oktober vorgelegt wurde, eine andere bezieht sich nicht auf Peter Vollmer, sondern auf eine andere Person.

Das Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter kündigt an, daß es demnächst gemeinsam mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie — Kuratoriumsmitglieder u.a. Heinrich Albertz, Ingeborg Drewitz, Helmut Gollwitzer, Robert Jungk — auf die grundrechtlichen Aspekte des Falls BMW öffentlich hinweisen wird.

Argumente für das

Verbot der NPD

und aller anderen faschistischen Organisationen

Am 24./25. November lädt die Volksfront zu einem Arbeitstreffen zum Thema „Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen" ein. Aus diesem Anlaß erschien jetzt ein Flugblatt der Volksfront mit Argumenten für das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen, das wir im Folgenden abdrucken.

Nazis verbieten! — Denn:

Die freie Existenz einer faschistischen Partei wie der NPD sowie der anderen Nazi-Organisationen und ihre Aktivitäten sind ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer des Hitler-Faschismus und ihre Angehörigen. Sie sind im übrigen auch ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht, wie es nicht nur im bekannten Potsdamer Abkommen, sondern auch in verschiedenen UNO-Entschließungen der letzten Jahre eindeutig formuliert ist. Daß man sich bei uns nicht darum schert, zeigt deutlich, wie stark die Kräfte in unserem Land sind, die die Sache mit der „Entnazifizierung" nie so richtig ernst genommen haben, besonders die Geldgeber Hitlers und ihre direkten Nachfolger.

Nazis verbieten! — Denn:

Es geht nicht nur um die Einlösung einer aus der Vergangenheit übernommenen moralischen Verpflichtung. Die freie Existenz der Nazi-Organisationen und ihre Umtriebe sind lebensgefährlich. Der Nazi-Terror fand in den letzten Jahren bereits zahlreiche Opfer. Es starben Asylbewerber in Hamburg durch die Brandsätze der Roeder-Bande. Es starben Ausländer in Nürnberg durch die Schüsse des NPD-Zöglings Helmut Oxner. Es starben Besucher des Münchner Oktoberfestes durch die Bombe, die Nazis um den Angehörigen der Wehrsportgruppe Hoffmann, Gundolf Köhler, legten. Auch in letzter Zeit gab es wiederholt Anschläge auf Wohnungen ausländischer Familien. — Nazi-Umtriebe sind als kriminelle Aktionen auch mit den Mitteln des Strafrechts zu verfolgen.

Nazis verbieten! — Denn:

Dann wäre die Polizei offiziell gezwungen, gegen Nazis vorzugehen, sobald sie sich sammeln, dann könnte es nicht mehr so einfach „Knüppel frei" zum Schutz der Faschisten heißen (wie bei so vielen NPD-Parteitagen). — Zweifellos ein besseres politisches Klima.

Das wollen die verantwortlichen politischen Stellen gar nicht? — Richtig, deshalb müssen wir auch gemeinsam noch mächtig Druck dafür machen!

NPD verbieten! — Denn:

Verbotsmaßnahmen lösen zwar nicht alle Probleme und beseitigen nicht die Ursachen faschistischer Umtriebe oder Politik. Dennoch bleiben sie unverzichtbar. Sicher ist es richtig, sich über die Motivation Jugendlicher Gedanken zu machen, die zu den Nazis gehen. Sicher ist es dringend erforderlich, eine andere Jugendpolitik durchzusetzen, was eine ernsthafte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf Kosten ihrer Verursacher in Wirtschaft und Staat einschließt. Sicher ist viel mehr Aufklärung an Schulen usw. erforderlich. Aber das macht das Verbot der Nazi-Organisationen absolut nicht überflüssig oder läßt diese Forderung an letzte Stelle rücken. Richtig verstanden, gehört beides zusammen. Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Verbot und ein tatsächliches Unterbinden der Propaganda- und Werbetätigkeit der Faschisten — eine Zerstörung ihrer Presseorgane wie „Deutsche Stimme" oder „Nationalzeitung" gehört dazu — die Möglichkeit zur Rekrutierung Jugendlicher ins faschistische Lager, zu Schulung und Organisierung, wie dies heute geschieht, grundlegend einschränken würde.

Nazis verbieten! — Denn:

Es geht hier nicht um ein psychologisches Phänomen, sondern um ein gesellschaftliches. So, wie der Faschismus ein System ist, das den Herren des großen Geldes zur Rettung ihrer Herrschaft dient — in Krisenzeiten und gar bei einer aktiven Arbeiterbewegung in diesen Zeiten gehen Überlegungen und Vorbereitung wieder in diese Richtung! — so haben eben diese Kreise auch ein Interesse an den Umtrieben der Nazis und Neonazis.

Sie sind ihnen auf vielfältige Weise nützlich. Zum Beispiel dadurch, daß sie Menschen, die mit ihrer Lage unzufrieden sind, in eine Scheinopposition einbinden, die den Verantwortlichen für ihre Lage und Unzufriedenheit nicht gefährlich ist. — Zum Beispiel dadurch, daß sie die Drecksarbeit übernehmen: Offen rassistische Hetze, offene Kriegshetze und eben auch Gewalttaten gehören dazu. Zur Schaffung von Angst vor demokratischem Engagement, zur Verbreitung erwünschter reaktionärer Ansichten, zur Förderung der nationalistischen Aufstachelung und Spaltung der Bevölkerung.

Und noch den reaktionärsten Kreisen und Parteien wird es ermöglicht, sich als „Kräfte der Mitte" zu profilieren, indem sie beispielsweise auf die NPD verweisen und sich immer mal wieder von ihr abgrenzen. Nur in einer solchen Konstellation kann auch die verlogene „Anti-Totalitarismus"- oder „Anti-Extremismus"-Theorie Nahrung erhalten, die eine demokratische Haltung als Abgrenzung gegen Links und Rechts definiert und so versucht, die Kräfte des Fortschritts mit denen der schlimmsten Reaktion gleichzusetzen — und mindestens gleichermaßen, nach aller Erfahrung unvergleichlich stärker, zu bekämpfen. Den Wirkungskreis der Nazis einzuschränken oder gar zu unterbinden, das hieße, dieses Spiel der Reaktion zu erschweren, das hieße ganz direkt den Kräften weh zu tun, die Interesse an einer neuen faschistischen Diktatur haben bzw. haben können, unabhängig davon, daß sie sich zur Errichtung einer solchen Diktatur heute wohl nicht der existierenden offen faschistischen Organisationen und Parteien bedienen würden.

Nazis verbieten! — Denn:

„Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein". Dieses Wort stammt vom ehemaligen Kanzlerkandidaten Strauß, der damit sehr offen den hier skizzierten Sachverhalt bestätigt. Heute, nachdem die Unionsparteien in Bonn die Regierung übernommen haben, offenbart sich dieses Spiel noch deutlicher. Das „Ausländer-raus"-Geschrei, das von den Nazis seit Jahren angestimmt wird, ist zu einem Teil zur offiziellen Regierungspolitik geworden. „Rückführung" heißt die vornehme Umschreibung dafür, und Prämien gab es nur für kurze Zeit... Klar, daß so erst recht ein gedeihliches Klima für offene Faschisten geschaffen wird, die sich, wie ANS-Führer Kühnen, davon eine „Massenbasis" versprechen. Die „Hilfstruppen" der schwarzen Reaktion außer Gefecht setzen. Die **Inhalte** faschistischer und rassistischer Politik an den Pranger und unter Strafe stellen. Deshalb Nazis verbieten!

Nazis verbieten! — Denn:

Mit Aktionen gegen einzelne militante Gruppen — die unbedingt notwendig sind! — auch mit einzelnen Verboten **allein** ist es nicht getan. **Alle** faschistischen Organisationen müssen zerschlagen werden, auch und gerade die NPD. Zum Beispiel deshalb, weil diese Partei die Funktion eines „Durchlauferhitzers" für potentielle Terroristen wahrnimmt. Zahlreiche berüchtigte Terroristenführer, nicht zuletzt Michael Kühnen, erhielten ihre erste Schulung bei der NPD bzw. den „Jungen Nationaldemokraten". Wer es bei Einzelverboten **belassen** will, unterbindet die faschistische Wühlarbeit nicht. Er stellt sich vielleicht nur selbst ein Alibi aus.

Hinzu kommt, daß ein Verbot der NPD eine grundsätzlichere Bedeutung hätte als die Untersagung irgendeiner Gruppe nach dem Vereinsrecht. Es würde klarstellen, daß jede parteipolitische Tätigkeit im Geiste des Faschismus verboten und strafbar ist.

Gemeinsam den Kampf verstärken! — Denn:

Es liegt vor allem an der mangelnden Stärke, diese nicht zuletzt bedingt durch mangelnde Einigkeit der Antifaschisten in unserem Land, daß aus Teilerfolgen im Kampf für ein Nazi-Verbot hier so wenig gemacht wurde. Erinnern wir uns: Die WSG Hoffmann wurde verboten. Ihre Anhänger trafen sich zum großen Teil in der VSBD des Friedhelm Busse wieder. Die VSBD wurde verboten. Viele ihrer Anhänger trafen sich in Kühnens ANS/NA. Nun ist die ANS/NA verboten — zweifellos auch eine Reaktion auf starke antifaschistische Proteste — aber viele ihrer Anhänger machen im alten Kreis unter neuem Namen weiter. Michael Kühnen wird mit Billigung bundesdeutscher Behörden die Flucht nach Frankreich ermöglicht, so daß er sich seinem Prozeß in Frankfurt entziehen, von Paris aus erneut internationale Verbindungen herstellen und sicher auch nach Deutschland hinein organisieren kann. Mit der FAP („Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei") treten die ANS-Leute bereits wieder zu Wahlkämpfen an...

Deshalb ist es notwendig, die Einheit und Zielklarheit der antifaschistischen Bewegung unseres Landes zu stärken. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten. Eine wesentliche Aufgabe für uns alle: Der Kampf für das **Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen!**

Einladung zum Arbeitsseminar der Volksfront

Am 24./25. November lädt die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu einer Arbeitskonferenz zum Thema „Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen" ein. Ein aktuelles und wichtiges Thema für den antifaschistischen und demokratischen Kampf. Wir veröffentlichen im folgenden die Einladung zu dieser Konferenz, wie sie dem „Volksecho" zu entnehmen war und rufen die Genossinnen und Genossen der Partei auf, diese Arbeitskonferenz nach Kräften zu unterstützen.

Themen der Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe 1: Die Formierung faschistischer Organisationen und ihre Rolle in der Politik der Reaktion. (Dazu gehört: Entstehung und Entwicklung der NPD; Entstehung und Entwicklung der militanten Gruppen, Verhältnis zur NPD — offen und verdeckt; Beispiele Hoffmann, Roeder, Busse, Kühnen, ANS und Folgeorganisationen heute — Taten und Selbstdarstellungen; Beobachtung und Hilfe beim Aufbau der Gruppen durch Regierungen und z. B. Verfassungsschutz; historische Hintergründe).

Arbeitsgruppe 2: Faschistische Programmatik und Ideologie: Ihre Übereinstimmungen mit und ihre Differenzen zu konservativen und reaktionären Positionen. Welche programmatischen Ziele müssen verboten werden, um die Faschisten zu treffen.

Arbeitsgruppe 3: Forderungen nach einem Verbot der NPD und faschistischer Organisationen und ihre Begründung. Bestehende Rechtslage: Parteien- und Innenministerverbote und deren Begründung; verfassungsrechtliche Gesichtspunkte. Erarbeitung einer kritischen Stellungnahme der AG-Teilnehmer daz. Welche Bestimmungen der Verfassung und Strafbestimmungen nutzen besonders der Betätigung der Faschisten.

Arbeitsgruppe 4: Auseinandersetzung mit Argumenten, die gegen die Verbotsforderungen vorgebracht werden. (Entsprechende Aufsätze/Stellungnahmen verschiedener Organisationen können als Materialmappe beim Bundesvorstand bestellt werden.)

Arbeitsgruppe 5: Auswertung und Vorbereitung von wirksamen Aktionen gegen die Faschisten. Möglichkeiten der Zusammenarbeit antifaschistischer Organisationen. (Dazu gehört: Unter welcher Losung? Z. B.: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft"? Auswertung der NPD-Parteitage der letzten drei Jahre. Beim Punkt „Zusammenarbeit" großes Gewicht auf Gewerkschaften.)

Literaturhinweise: Eine Übersicht über Literatur zum Thema kann beim Bundesvorstand zum Selbstkostenpreis von 4,— DM (Kopierkosten) zuzüglich Porto bestellt werden.

Ab sofort liegt ein Vorbereitungs-Reader mit Materialien, gegliedert nach den fünf Unterthemen der Arbeitsgruppen, vor. Bestellungen bitte an die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront richten. (Preis voraussichtlich 2—3,50 Mark plus Porto).

Die Arbeitskonferenz findet statt in der Gesamtschule Scharnhorst, in Dortmund-Scharnhorst, Mackenrothweg. Beginn am Samstag um 14.00 Uhr, Ende am Sonntag, 25.11.84 gegen 16.00 Uhr. Für Übernachtungsmöglichkeiten wird auf Wunsch gesorgt. Bitte rechtzeitig anmelden!

Adresse der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront: Maria-Hilfstr. 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362

Neue Materialien der Volksfront

Argumente zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft

Wie bekannt, tritt die Volksfront für die doppelte Staatsbürgerschaft von Ausländern, die in der BRD leben, ein. In der Broschüre wird ausführlich auf neun gängige Argumente gegen diese Forderung eingegangen. (DIN A 4, 30 Seiten, 2,— DM zuzüglich Porto)

Material zum Thema Niederlassungsrecht

Die Grüne Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Niederlassungsrecht für Ausländer eingebracht. Die Broschüre dokumentiert diesen Gesetzentwurf, außerdem Auszüge aus dem Entwurf der SPD für ein neues Ausländergesetz. Vorangestellt ist eine Stellungnahme der Volksfront zum Gesetzentwurf der Grünen, der von der Arbeitsgruppe Ausländer beim Bundesvorstand erarbeitet wurde. (DIN A 4, 20 Seiten, 2,— DM zuzüglich Porto)

Material zum Thema Ausländerbeirat

Anhand mehrerer Beispiele aus verschiedenen Städten wird der Aufbau, die Arbeitsweise und die Erfahrungen von Ausländerbeiräten dargestellt. In einer Einleitung sind die Forderungen der Volksfront, die für die Vorbereitung von Ausländerbeiräten wichtig sind, entwickelt. (DIN A 4, 21 Seiten, 2,— DM zuzüglich Porto)

Ausländer in Köln. Stadtpolitik im Interesse der Kölner Kapitalisten

Broschüre der Volksfront Köln, in der anhand konkreter Beispiele die Ausländerpolitik der Stadt Köln dargestellt wird. (DIN A 5, 35 Seiten, 1,— DM zuzüglich Porto)

Material und Dokumente zu Airland Battle 2000 und der Kriegsführungsstrategie der NATO

Airland Battle, Rogers-Plan etc. werden anhand von Original-Dokumenten erläutert. Besonders eingegangen wird auf die Rolle der BRD und die Kriegsziele der BRD im Rahmen der NATO. (DIN A 4, ca. 40 bis 50 Seiten, 4,— DM zuzüglich Porto)

Ein „Tatort" namens K 14

K 14 könnte ein „Tatort" heißen, der nicht nur in Duisburg gedreht ist, sondern auch in Duisburg spielt. Die polizeilichen Hauptfiguren in diesem Krimi haben allerdings mit dem beliebten Fernsehkommissar Schimansky vom Morddezernat nichts gemein. Sie — das sind der Kriminalbeamte Schabronat und seine Kollegen — wären wahrscheinlich auch gar nicht bereit, vor Fernsehkameras zu treten. Denn ihre Dienststelle ist das 14. Kommissariat (politisches Kommissariat). Und hier reagiert man schon sauer, wenn das Konterfei eines der Herren irgendwo publiziert wird.

Der Krimi namens K 14 spielt in diesem Jahr. Erste Szene: Eine Veranstaltung im Duisburger „In- und Ausländertreff" zum Thema „Öffentliche Rekrutenvereidigung in Xanten/NATO-herbstmanöver" am 11. September.

Zu dem, was dort vorfiel, erklärte der Duisburger Oberstaatsanwalt Otto der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung": „Zur Versammlung sei dann ‚eine Person erschienen, von der die Erörterer glaubten, daß die nicht ihre Ziele teilt.' Diese sei dann überwältigt, in ein anderes Zimmer gebracht, durchsucht und fotografiert worden." (WAZ vom 15.9.85)

Der Duisburger Rechtsanwalt Hans Schmitt schildert der Zeitung genau den gleichen Vorfall folgendermaßen: „Zwei Männer seien den Teilnehmern an der Versammlung aufgefallen. Enttarnt, verließ der erste freiwillig den Raum. Der zweite Mann blieb sitzen, fiel aber auf, weil er ‚an der Jacke herumfummelte.' Man hätte sich dann ‚näher mit ihm beschäftigt', und so, der Rechtsanwalt, ein Tonbandgerät entdeckt. In seiner Brieftasche hätte man eine Visitenkarte eines Duisburger Beamten vom K 14 (politisches Kommissariat) gefunden. Tonband und Papiere wurden behalten." (WAZ v. 15.9.84) Der Name des Duisburger Beamten: Walter Schabronat.



Walter Schabronat

Die Polizei entfaltet sofort hektische Aktivitäten. Eine Fahndung wird ausgeschrieben. Weil dem V-Mann sein Tonbandgerät und verschiedene Papiere abgenommen worden waren, wird wegen Raub und Freiheitsberaubung ermittelt. Gesucht werden zwei Personen. Eine der beiden Personen wird während der Arbeitszeit — der junge Mann arbeitet bei Thyssen — von zwei Zivilbeamten festgenommen. Einer der beiden ist — Walter Schabronat. In Begleitung von Werkschutz führen sie ihn in Handschellen aus der Wekstatt ab. Kommentar von Schabronat: „Den Job bist du erst mal los, du hast ja nur einen Zeitvertrag!" Tatsächlich werden einige Zeit später alle Arbeiter mit Zeitvertrag von Thyssen übernommen — bis auf zwei. Einer der beiden ist der Festgenommene.

Am gleichen Tag werden verschiedene Wohnungen und der Duisburger „In- und Ausländertreff" durchsucht. Alles ohne Durchsuchungsbefehl. Begründung: Gefahr im Verzug, Verdunklungsgefahr. Mit der gleichen Begründung beantragt die Polizei Haftbefehl gegen die beiden mittlerweile festgenommenen Personen. Da Tonband und Ausweispapiere aber bereits am Tag zuvor zurückgegeben worden waren, machte der Staatsanwalt nicht mit und die Polizei mußte die beiden Festgenommenen nach einer Nacht im Polizeigewahrsam wieder gehen lassen.



Polizeiliches Filmteam am Rande einer Demonstration in Duisburg — vom „Recht auf das eigene Bild" will die Polizei hier nichts wissen

Wer war der V-Mann auf der Friedensveranstaltung?

Doch noch einmal zurück zu dem V-Mann auf der Friedensveranstaltung. Veranstaltungsteilnehmer fanden bei ihm einen Personalausweis, ausgestellt auf den Namen Dieter Mäss. Weiter zwei Werkschutzausweise der KWU Mülheim, ebenfalls auf den Namen Dieter Mäss ausgestellt, einen Presseausweis mit dem Foto des V-Mannes, aber mit anderem Namen und anderer Adresse und — wie schon erwähnt — eine Visitenkarte des Kriminalbeamten Walter Schabronat mit Telefonnummer.

Dieter Mäss erzählte seinen „Enttarnern", die er sogar zu sich nach Hause einlud, folgende Geschichte: Er habe früher bei einer kommunistischen Organisation mitgemacht, sei aber in den letzten zehn Jahren nicht mehr aktiv gewesen. Anfang 1984 habe er dann ganz zufällig Walter Schabronat getroffen. Der habe ihn eingeladen, doch mal in seinem Büro vorbeizukommen. Dort habe Schabronat ihn dann aufgefordert, einen Szeneladen in Duisburg zu besuchen, sich umzusehen und zu berichten, was laufe. Dazu habe er ihm auch Fotos gegeben. Dann habe Schabronat ihn angerufen und ihn aufgefordert, die Friedensversammlung am 11.9. zu beobachten. Am nächsten Tag sollte er bei Schabronat Bericht erstatten usw. Egal, ob die Geschichte des Dieter Mäss stimmt oder nicht, zufällig war die Visitenkarte des Kripo-Beamten Schabronat auf jeden Fall nicht in seiner Brieftasche …

Ähnliche Enthüllungen über V-Leute der Polizei haben in anderen Städten — z. B. in Bremen — zu hochnotpeinlichen Situationen für die Betroffenen und für die politisch Verantwortlichen geführt. Nicht so in Duisburg. Warum? Weil in Duisburg die politische Polizei mächtiger ist als anderswo? Weil der Kripo-Mann Schabronat Schutzengel in Kreisen hat, mit denen es sich städtische Politiker, Journalisten oder wer auch immer nicht verderben möchten?

Wahrscheinlich stimmt beides. Immerhin gehörte Schabronat bereits 1970 der „Sonderkommission des BKA zur Bekämpfung der Baader-Meinhoff-Gruppe" an. Und welchen Einfluß die politische Polizei offenbar in Duisburg hat, zeigt folgender Vorfall, der in einem kürzlich beschlagnahmten Flugblatt zu den Praktiken des K 14 geschildert wird. Dort heißt es: „Egal, ob Elternräte im Rathaus protestieren, ob eine Demonstration stattfindet, ob Streik oder Hausbesetzung, das 14. K. will am Ball bleiben: So z. B. bei Warnstreiks bei Krupp, Thyssen … Ein Thyssen-Arbeiter hatte vier Zivilbullen bei einem Warnstreik im November 83 fotografiert. Schabronat/Rochna (ein anderer K 14-Beamter — RM) entrissen ihm daraufhin die Kamera mit Filmen. Dagegen protestierten beim Innenminister die IG Metall, SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre — doch es passierte nichts. Im Gegenteil soll der Thyssen-Arbeiter noch Ärger bekommen haben und während der Arbeit vom 14. K. vernommen worden sein. Statt Bloßstellung von Spitzeln also noch Druck und Erpressung."

Flugblatt beschlagnahmt

So ist es. Dieses Flugblatt deckt noch verschiedene andere Fälle von Spitzeltätigkeit in Duisburg auf und widmet sich dabei vor allem dem, was der Kripo-Beamte Schabronat so denkt und tut. Zitat: „Schabronat fliegt öfter in die Türkei, spricht türkisch und findet dort alles in Ordnung. ‚Hier wird übertrieben, politisch Verfolgte sind Verbrecher und Terroristen.'" — Zitat: „In einem Prozeß meint Schabronat über einen Richter, der nicht seiner Meinung ist: ‚Den Richter kannst du in der Pfeife rauchen.' Trotz Anzeige, Zeugen, bisher folgenlos." Das Flugblatt erwähnt auch die Rolle, die Schabronat bei dem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht spielte, an dessen Folgen das KPD-Mitglied Günther Routier starb. Und es schildert ausführlich den Fall des Spitzels Dieter Mäss.

Die Polizei reagierte prompt. Das Duisburger Esch-Haus und andere linke Treffpunkte wurden durchsucht. Das Flugblatt beschlagnahmt. Begründet wird die Beschlagnahmung mit einer ganzen Latte von Paragraphen: Verleumdung, Beleidigung, falsche Verdächtigung, Aufforderung zu Nötigung (dies, weil das Flugblatt auffordert, Spitzel aus Veranstaltungen rauszuwerfen), Verunglimpfung des Staates und — Verstoß gegen das Recht am eigenen Bild. Das Flugblatt enthält nämlich auch Fotos, von verschiedenen K 14-Beamten und von Dieter Mäss.

In einer Pressemitteilung des Esch-Hauses zu den jüngsten Vorfällen heißt es u.a.: „Offensichtlich stieß die Enttarnung der Personen und die Veröffentlichung des Flugblattes in ein Wespennest: Die umfangreiche Reaktion und Repression der Duisburger Polizei legen ein beredtes Zeugnis davon ab.

Mit unserem Protest gegen die Durchsuchung (das Esch-Haus war von 20 Polizisten durchsucht, die Straße davor dabei abgesperrt worden — RM) verbinden wir die Aufforderung, die Diskussion über die Arbeit der politischen Polizei, die anderswo bereits intensiv und öffentlich geführt wird, endlich auch in Duisburg zu beginnen."



DAS 14.K.

Das beschlagnahmte Flugblatt — offenbar ein Stich ins Wespennest

Briefträgern mit fristloser Entlassung gedroht

16500 Haushalte in Kiel wurden Anfang November mit einer Postwurfsendung der Kieler Liste für „Ausländerbegrenzung" (KLA) beliefert. Inhalt: Ausländerhetze, wie sie seit Jahren von dieser und anderen faschistischen Organisationen betrieben wird.

Achtzehn Kieler Briefträger hatten sich deshalb zunächst geweigert, diese Wurfsendung in ihren Bezirken auszutragen. Ihnen wurde daraufhin die fristlose Kündigung angedroht. Begründung: Das Bundespostministerium habe die Wurfsendung genehmigt und deshalb müsse sie auch ausgetragen werden.

Auf Nachfrage der „Frankfurter Rundschau" erklärte das Postministerium, von einer solchen Prüfung wisse man nichts. Das kann man glauben oder nicht glauben. Fest steht auf jeden Fall, daß die KLA ihre Wurfsendung bereits im Juli dieses Jahres der Postberatung zur Prüfung vorgelegt hat. Die Ausländerfeinde von der KLA waren sich also offenbar selbst nicht sicher, ob ihr Pamphlet den Vorschriften der Postordnung entspricht. § 13 der Postordnung besagt nämlich, daß die Post keine Sendungen befördern darf, die offensichtlich einen Straftatbestand erfüllen, beispielsweise zu Rassenhaß aufrufen, den sittlichen Anstand oder die Würde des Menschen verletzen usw. Einen solchen „offensichtlichen" Verstoß konnte die Kieler Oberpostdirektion im Gegensatz zu den Kieler Briefträgern in der Wurfsendung der KLA aber nicht feststellen.

Hier einige Kostproben von dem, was in den Augen hoher deutscher Postbeamter **kein** Rassismus ist. Da heißt es beispielsweise: *„Anscheinend haben wir immer noch nicht genug Ausländer in unserem Ländchen: Kommt herein in Massen, es ist genug für euch da, die lieben dummen Deutschen zahlen ja alles! Wir freuen uns ja so sehr über noch mehr Bevölkerungsdichte, die damit verbundene Umweltbelastung und Arbeitslosigkeit, auf noch mehr Kriminalität und Rauschgifttote. Und dann erst die Aussicht auf Bürgerkrieg, nicht wahr, Friedensfreunde?!"* Oder: *„80 Prozent aller Deutschen sind der Meinung, daß wir schon zu viele Ausländer in unserem Land haben. Ausländer, die sich als Arbeiter auf Zeit, als Scheinasylanten, als Illegale, als Kriminelle und als nachgeführte Familienangehörige Einlaß in das Land des dummen Michels verschafft haben, um hier mitzunehmen, was es an Sozialleistungen mitzunehmen gibt."*

Ausländer also als Ursache für Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung, Kriminalität und Rauschgifttote. Unsere ausländischen Mitbürger Scheinasylanten, Illegale, Kriminelle und Sozialleistungsklauer. Und dagegen der Aufruf, ebenfalls in dem Pamphlet enthalten: „Nehmen wir die Sache selbst in die Hand, wir haben das Recht und die Pflicht dazu!"

Die Deutsche Postgewerkschaft hat protestiert. Der Kieler Landtagsabgeordnete der SPD, Rolf Selzer, hat in einem Brief an die Oberpostdirektion u.a. geschrieben: „Es ist empörend, daß deutsche Beamte dazu gezwungen werden, jene Parolen zu verbreiten, die 1933 und in den folgenden Jahren Deutschland und die Welt ins Verderben gestürzt haben." So begrüßenswert dieser Protest ist, er reicht nicht aus. Denn diese Wurfsendung der KLA ist ja kein Einzelfall. Ausländerhetze ist das erklärte Ziel dieser Organisation, für das sie auch bereits mehrfach an Wahlen teilgenommen hat. Das einzig wirksame Mittel ist deshalb das schon lange überfällige Verbot dieser Organisation.

Protest gegen Parteitag der FAP in Münster

In aller Stille sollte am letzten Samstag in Münster der Landesparteitag der „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) stattfinden. Die FAP, die bei den Kommunalwahlen in NRW in Duisburg und Dortmund kandidierte, ist die Nachfolgeorganisation der vor einiger Zeit verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" des Michael Kühnen.

Aus dem klammheimlichen Nazi-Treff wurde aber nichts. Antifaschisten hatten herausbekommen, daß dieser Parteitag am Samstag in Münster stattfinden sollte und machten dort auch das Tagungshaus, etwas außerhalb von Münster, ausfindig. Ein Genosse berichtet, daß bereits am Hauptbahnhof von Münster sehr viel Polizei zu sehen war. Vor der Gaststätte selbst, in der der Parteitag stattfinden sollte, trafen die Antifaschisten dann auf ein Polizeiaufgebot von mehreren hundert Polizisten. Die Polizei wußte also genau Bescheid und war noch rechtzeitig zur Stelle, um den Faschistentreff zu schützen — obwohl das Innenministerium von NRW vor einiger Zeit erklärt hat, daß es sich bei der FAP eindeutig um eine Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS handele.

Als die Antifaschisten am Tagungsort eintrafen, waren die Faschisten bereits im Saal — und zwar nicht nur Nazis, darunter sehr viele Skinheads aus NRW, sondern z.B. auch die Leibwache von Michael Kühnen aus Hamburg. Es hatten sich ca. 500 Antifaschisten versammelt. Die Polizei ging von Anfang an sehr brutal gegen einzelne vor — mit dem Einsatz von Chemical Mace und mit dem Schlagstock. Am späteren Nachmittag kam es dann zu einem Zwischenfall, bei dem das Auto eines FAPlers, das in eine Gruppe von Demonstranten hineinfahren wollte, weitgehend zu Bruch ging. Von da an hieß der Einsatzbefehl für die Polizei: alles festnehmen. Es wurde gezielt auf einzelne Jagd gemacht. Sie wurden aus nächster Nähe mit Chemical Mace besprüht, zusammengeschlagen, mit Polizeistiefeln ins Gesicht getreten und in die bereitstehenden Polizeiwagen geworfen. Eine Gruppe von Skinheads nutzte die Situation und ging ebenfalls gegen die Demonstranten vor, so daß sie sich zeitweise gleichzeitig gegen die Polizei und gegen die Nazis zur Wehr setzen mußten.

Nachdem sich die Demonstration vor dem Tagungsort der FAP aufgelöst hatte, zog ein Teil der Demonstranten weiter vor das Polizeipräsidium von Münster und forderte die Freilassung der festgenommenen Demonstranten.

Aktionswoche „Für das Recht auf Arbeit und Bildung"

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

Für die Woche vom 24.11. bis 1.12.84 rufen verschiedene Jugendverbände und Initiativen zu einer gemeinsamen Aktionswoche gegen die Angriffe der Wenderegierung auf die Rechte der Jugend auf. Ausgegangen ist diese Initiative von der Bundesschülervertretung, die im März dieses Jahres in Köln gegründet wurde. Bundesweit mitinitiiert und getragen wird die Woche hauptsächlich von dem Spektrum: SDAJ, MSB, SHB, Jusos und Falken.

Angeklagt werden soll die Bundesregierung, die in zwei Jahren Regierungszeit die Jugend in besonderer Weise unter Beschuß nahm. Hier einige Beispiele: **Arbeitslosigkeit:** Trotz des Kanzlers „Lehrstellengarantie" fehlen immer noch weit über 200000 Lehrstellen, die Bundesregierung weigert sich nach wie vor, die Unternehmer gesetzlich zur Ausbildung zu verpflichten. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld führten dazu, daß 48 Prozent aller registrierten Arbeitslosen unter 20 Jahren keinen Pfennig mehr vom Arbeitsamt bekommen. Seit Anfang 84 wird bei Arbeitslosigkeit nach der Lehre nur noch 50 Prozent (vorher 75 Prozent) des zu erwartenden Facharbeiterlohnes als Berechnungsgrundlage für das Arbeitslosengeld genommen. Das heißt, die Arbeitslosen bekommen weniger Geld, als sie zuvor während der Lehre hatten.

Jugendarbeitsschutzgesetz: Im September hat die Bundesregierung das Jugendarbeitsschutzgesetz radikal verschlechtert. 44—Stunden-Woche und 8,5-Stunden-Tag sind jetzt für Jugendliche erlaubt, 15jährige dürfen zwischen 6 und 20 Uhr beschäftigt werden, 17jährige dürfen bereits ab 4 Uhr arbeiten. Samstagsarbeit wurde genauso für Jugendliche legalisiert wie Schichtarbeit.

Schüler: Bereits 1983 wurde das Schüler-Bafög gestrichen, das Studentenbafög nur noch als Darlehen gezahlt. Und während 1984 61000 arbeitslose Lehrer registriert wurden, vergrößerte sich die Zahl der an Schulen tätigen Jugendoffiziere der Bundeswehr auf 65, die Zahl der Jugendunteroffiziere auf 1200. Das Fach „Sicherheitspolitik" wurde an den Schulen in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein eingeführt, Baden-Württemberg ist seit Anfang 83 auch mit dem Wehrkundeunterricht dabei.

Wehrpflichtige/Kriegsdienstverweigerer: Die Wehrpflicht soll auf 18 Monate verlängert werden, bisher Untaugliche sollen gezogen werden, Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr usw. soll nicht mehr vom Wehrdienst befreien. Das Verfahren zur Anerkennung als KDVler wurde verschärft, der Zivildienst wurde von 16 auf 20 Monate verlängert und wird mit der Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 24 Monate verlängert werden.

Soweit einige Beispiele, die unserer Meinung nach zeigen, daß eine Aktionswoche der Jugendverbände gegen die Bonner Rechtsregierung mehr als angebracht ist. Nun ist die Aktionswoche allerdings nicht unumstritten. Bereits vor einigen Monaten meldete sich SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz zu Wort und warnte die Jusos vor einer Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen. Gemeint waren in diesem Fall SDAJ und MSB. Umstritten ist die Aktionswoche auch im Bundesjugendausschuß der DGB-Jugend. Der Bundesjugendausschuß konte sich nicht zu einer Unterstützung durchringen, was wiederum den Beifall der rechten Gewerkschaftsführer in der IG Bergbau - Energie fand. „Gewerkschaftsjugend kontra Jusos", triumphierte Niggemeiers „einheit" (Zeitung der IG Bergbau - Energie).

Trotz dieser, hinter den Kulissen wohl sehr heftigen Auseinandersetzung gelang es, für die Aktionswoche in einigen Orten ein sehr breites Bündnis herzustellen. So wird die Aktionswoche in Hamburg selbst von der Sportjugend, den evangelischen Jugendverbänden und einigen Pfadfinder-Organisationen mitgetragen. In anderen Orten, besonders im Ruhrgebiet, blieb der Trägerkreis auf das DKP- und linkssozialistische Spektrum beschränkt.

Wir meinen, daß trotz der mangelnden Breite in einigen Orten die Aktionswoche die Unterstützung aller Kräfte benötigt, die heute gemeinsam im Kampf gegen die Rechtsregierung stehen. Wir rufen deshalb die Ortsgruppen der KPD, KJD und KS auf, die Aktivitäten der Aktionswoche ihren Kräften nach zu unterstützen.

Saarland

24.11. Rock gegen rechts in Saarbrücken
25.11. Jugendgottesdienst
26.—30.11. Frauentag, Friedenstag, Bildungstag, Lehrstellentag, Tag der Aktionseinheit (Genauere Festlegungen gab es bei Redaktionsschluß noch nicht.)
1.12. Landesweite Demonstration in Saarbrücken
Kontaktadresse: GSV, c/o Alexander van Dülmen, Schultze-Kathrin-Str. 1, 6600 Saarbrücken, Tel.: (0681) 5846916

Nordrhein-Westfalen

24.11. Auftaktaktionen örtlicher Bündnisse in Düsseldorf, Köln, Bonn, Mönchengladbach, Siegen, Wuppertal, Dortmund, Bochum, Duisburg, Essen, Münster, Bielefeld
27.11. Tag der Lehrstellen und Übernahmeaktionen
28.11. Tag der Frauen und Mädchen
29.11. Tag der Betriebe, Schulen, Hochschulen
26. + 30.11. Tag der Jugendverbände
1.12. Regionale Demonstration in Dortmund, Köln und Bielefeld. Tribunal „Wie weiter gegen rechts?" in Köln
Kontaktadresse: LSV-NRW, Friedrichstraße 61a, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 378860

Hamburg

26.11. Auftaktveranstaltungen Talk-Show mit Musik (Hamburg 19) Politikern und Vertretern von Jugendorganisationen
27.11. Tag der Mädchen
28.11. Tag der Lehrstellen- und Übernahmeaktionen
29.11. Tag der Bildungseinrichtungen
30.11. Landesweite Demonstration in Hamburg
Kontaktadresse: Landesjugendring HH e.V., Alfred-Wegener-Weg 3, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 3195345

Hessen

24.11. Auftaktveranstaltungen örtlicher Bündnisse
26.11. Aktionstag gegen Abbau von Frauen- und Mädchenrechten
27.11. Aktionstag für Übernahme und Jugendarbeitsschutz
28.11. Tag der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen
29.11. „Wer nicht ausbildet, soll zahlen" Aktionstag für ein Landesberufsbildungsgesetz
1.12. Landesweite Demonstration in Wiesbaden oder
1.12. Regionale Demonstrationen in Kassel, Gießen, Frankfurt
Kontaktadresse: LSV Hessen, Bahnhofstr. 76, 6300 Gießen, Tel.: (0641) 73734

Rheinland-Pfalz

Über den aktuellen Stand informiert: SDAJ-Landesvorstand, Rheinallee 40, 6500 Mainz, Tel.: (06131) 672992

Nordbayern

26.11. Tribunal gegen rechts in Nürnberg.
28.11. Aktionstag der Arbeiterjugend und Schüler
29.11. Aktionstag der Studenten
30.11. Aktionstag zu Lehrstellenfragen
1.12. Demonstration und Kundgebung in Nürnberg
Bundesschülervertretung, Friedrichstr. 61a, 4000 Düsseldorf, Tel.: (0211) 378860

Südbayern

Informationen: ASTA der Technischen Universität, Arcisstr. 21, 8000 München 40

Niedersachsen

25.11. Jugendforum für das Recht auf Arbeit und Bildung in Hannover
27.11. „Wer sich nicht wehrt, steht am Herd", Aktionstag der Frauen und Mädchen
28.11. Aktionstag für das „Recht auf Arbeit und Bildung"
30.11. „Ausbildungsplätze her" — Aktionstag gegen Ausbildunsnot
1.12. Landesweite Demonstration, Kundgebung, Kulturveranstaltung in Hannover
Kontaktadresse: LSV Niedersachsen, Nicolaistr. 9, 3000 Hannover 1, Tel.: (0511) 322906

Bremen

24.11. Rock gegen rechts in Bremen
26.11. Auftaktveranstaltung über Perspektiven der Jugendbewegung
27.11. Frauenspektakel
28.11. „Politiker sparen — Betroffene antworten" — Aktionen gegen Rotstiftpolitik
29.11. „Bildung für alle — gegen Elitebildung"
30.11. Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit — für Lehrstellen, Übernahme und eine Ausbildungsplatzabgabe
1.12. Demonstration in Bremen
Kontaktadresse: GSV Bremen, Lömingstr. 35, 2800 Bremen, Tel.: (0421) 3616724

Schleswig-Holstein

24.11. Auftaktveranstaltungen, Infostände, Aktionen in den Kreisstädten
26.—28.11. Aktionstage zu verschiedenen Themen in den Kreisstädten
29.11. Landesweiter Tag der Bildungseinrichtungen
30.11. Landesweite Demonstration und Kundgebung in Kiel
Kontaktadresse: LSV der Berufsbildenden Schulen, Laagenbecker Str. 65, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 180502

Baden-Württemberg

Örtliche Bündnisse führen Aktionen durch in: Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Esslingen, Ulm, Konstanz, Ravensburg, Tübingen.
1.12. Demonstrationen und Kundgebungen in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart
1.12. Landesweite Demonstration und Kundgebung in Stuttgart
Weitere Informationen erhältlich bei: Bundesschülervertretung, Friedrichstr. 61a, 4000 Düsseldorf, Tel.: (0211) 378860

Mit einem guten Flugblatt überall dabei



Die KJD hat in den letzten Wochen verschiedene Flugblätter bzw. Plakate herausgegeben, die auch während der Aktionswoche sinnvoll eingesetzt werden können. Bitte bestellen:
.... Stück, Flugblätter (Jugendarbeitslosigkeit) „Wenn wir diese Typen enteignen, gibt es Arbeit für alle".
.... Stück, Plakate — Jugendarbeitslosigkeit
.... Stück, Flugblatt (Ausländerfeindlichkeit) „Ausländer laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein."
.... Stück, Plakat — Ausländerfeindlichkeit
.... Stück, Plakat — W 18 NEIN, Länger dient keiner, macht die Bundeswehr kleiner.
Bestellungen an: KJD: Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Länger dient keiner! Macht die Bundeswehr kleiner!

Nun hat Wörner — von der Kießling-Affäre scheinbar erholt — sich doch durchgesetzt: Der Wehrdienst soll ab 1989 auf 18 Monate verlängert werden. Ein entsprechendes Gesetz soll bis 1987 ins Parlament eingebracht werden.

Die Wehrdienstverlängerung gehört zu einem Gesamtpakat von „Langzeitmaßnahmen", die am 17.10.84 im Bundeskabinett zur angeblichen „Personalsicherung" der Bundeswehr beschlossen wurden. Zu diesem Paket gehört: W 18 = 42000 Soldaten, Verschärfung der Tauglichkeitsanforderungen (das heißt auch Kranke werden gezogen) = 12000 Soldaten, Abbau von Einberufungshindernissen (zum Beispiel auch Verheiratete müssen dann dienen) = 6000 Mann, Katastrophen- und Zivilschutz (z.B. Freiwillige Feuerwehr) befreien nicht mehr vom Bund = 9000 Mann. Macht zusammengerechnet 69000 Mann, die, so Wörner, in den 90er Jahren erforderlich sind, um die angebliche „Personallücke" zu decken. — Interessant dabei: Frauen zum Bund war offensichtlich auf dieser Kabinettssitzung kein Thema mehr. Ausgerechnet Birne soll gefordert haben: „Dieses Thema muß endgültig vom Tisch." — Haben wir doch immer gesagt...

Doch zurück zu W 18. Gibt es diese Personallücke durch „Pillenknick" tatsächlich, oder werden hier wieder Zahlengespenster an die Wand gemalt? Fakt ist, es gab und gibt geburtenschwache Jahrgänge, so daß es 1990 zum Beispiel weniger Jugendliche im wehrpflichtigen Alter geben wird, als in diesem Jahr. Doch selbst wenn der Tiefpunkt erreicht ist, werden es immer noch 250000 männliche Jugendliche sein, von denen die Bundeswehr 195000 benötigt. Wörner argumentiert jetzt so: 195000 werden benötigt, 68000 verweigern den Kriegsdienst und 50000 bilden die Einplanungsreserve (also Leute, die zurückgestellt werden usw.). Das macht zusammen 313000, es werden aber nur 250000 da sein, fehlen also 63000...

Was Wörner bewußt verschweigt ist, daß dies keine absolut für immer feststehenden Zahlen sind. Zum Beispiel die Zahl der Kriegsdienstverweigerer, sie bezieht sich noch auf die Zeit vor der Verschärfung des Zivildienstgesetzes. Die neuen Zahlen werden nach dieser Abschreckungsmaßnahme mit Sicherheit geringer liegen.

Zweifel an Wörners Zahlen sind also berechtigt. Und auch die Militärs selbst rechtfertigen die Wehrdienstverlängerung nicht nur mit der „Personallücke", sie versprechen sich davon auch die „Stärkung der Einsatzbereitschaft", sprich durch längeren Dienst und Drill die Soldaten gefügiger zu machen. „Die Verwirklichung dieser Maßnahme bringt für die Streitkräfte überwiegend Vorteile: — die Ausbildung wird kostenwirksamer, — der einzelne Mann kann intensiver ausgebildet werden, — die Einsatzbereitschaft wird erhöht." (Die Generäle im Bericht der Langzeitkommission).

Viel wichtiger als der Streit darüber, ob die „Personallücke" so groß oder kleiner ist, wird in der öffentlichen Diskussion die Zahl 495000, die Sollstärke der Bundeswehr sein. Wieso muß diese Zahl eingehalten werden? Wieso wird die Bundeswehr nicht verkleinert? „Wenn die Zahl der Wehrpflichtigen nicht ausreicht, eine Kaserne zu füllen, dann sollten Sie die Kaserne schließen, statt die Wehrpflichtigen zusätzlich drei Monate darin festzuhalten." Das hat, man lese und staune, Hamburgs Schulsenator Joist Grolle (SPD) gesagt. In dieser Haltung kann man ihn nur unterstützen. Anders der SPD-Vogel. Er hat schon laut darüber nachgedacht, ob die SPD nicht doch lieber der Verlängerung des Wehrdienstes zustimmen soll. Wegen der NATO. Denn wenn die Bundeswehr weniger als 495000 Mann hat, ist nach geltender Doktrin die Mitgliedschaft in der NATO gefährdet. Das wäre Vertragsbruch... Aber gar nicht schlecht. Oder?

Eins muß man dem Wörner lassen. Er hat politisch was dazugelernt. Aus einer Sicht ist es äußerst schlau, bereits jetzt einen Kabinettsbeschluß und demnächst ein Gesetz durchzupeitschen, von dem erst 1989 die ersten betroffen sein werden. Denn die Soldaten, die 1989 zum ersten Mal 18 Monate dienen müssen, sind heute 13 Jahre alt. Für sie, so denkt Wörner, ist der Bund noch so weit weg, daß sie sich nicht wehren werden. Ob Wörner Recht behält, oder ob er sich verkalkuliert hat, das wird sich zeigen.

„Länger dient keiner, macht die Bundeswehr kleiner", so schrieb der Rote Rebell, als noch unter Verteidigungsminister Apel die ersten Pläne für die Wehrdienstverlängerung bekannt wurden. Das muß auch jetzt unsere Antwort sein. Alle fortschrittlichen Jugendverbände und die Friedensbewegung stehen in der Pflicht, gegen Wörners Pläne Widerstand zu organisieren.

Diskussionsveranstaltung der KJD

Massenhaft verweigern oder Friedensarbeit in der Bundeswehr?

Mit Vertretern der VVDM (Holländische Soldatengerwerkschaft), Freitag, 23.11.1984, 19.30 Uhr, Marokkanischer Arbeiter Bund (MAB), Kölner Straße 170, Düsseldorf.

Zur erneuten Planung von neuem Personalausweis und Volkszählung: (2. Folge)

Statistik und Meldewesen im 3. Reich

In der ersten Folge unseres Artikels zum geschichtlichen Hintergrund von Statistik und Meldewesen in der BRD hatten wir die Anfänge ihrer Systematisierung unter der Nazi-Herrschaft aufgezeigt. Im heutigen zweiten Teil befassen wir uns in erster Linie mit der Bedeutung dieser „Wissenschaft" zur Kriegsvorbereitung und zur „Rassenverfolgung".

Die Berater von Heydrich, Kääb und Liebermann, die schon unter der sozialdemokratischen preußischen Regierung gearbeitet hatten und auf die etwa der Slogan „Die Polizei, dein Freund und Helfer" zurückgeht, orientieren sich am Hamburger Meldegesetz, dessen Vorzug für sie darin bestand, daß es dort einen Ausweiszwang gab. „Das bedeutet, daß jeder sich bei der Anmeldung über seine Person und seine meldepflichtigen Angehörigen durch Urkunden nachzuweisen hat. Infolgedessen kann die Meldekartei, die außerdem durch regelmäßige Mitteilungen der Standesämter auf dem laufenden gehalten wird, für behördliche Zwecke wie z.B. Erteilung von Pässen, Führungszeugnissen, Aufenthalts-, Ledigkeitsbescheinigungen u.a. als Unterlage benutzt werden. Ein weiterer Vorzug besteht darin, daß Hamburg im Einvernehmen mit dem Finanzamt eine aufgrund der Einwohnermeldungen ständig fortgeschriebene Adrema-Einrichtung (sog. Bevölkerungskartei) besitzt, die besondere Fragen an den Meldepflichtigen (z.B. über seinen Betrieb) erfordert. Diese hamburgischen Belange müssen bei einer künftigen reichsseitigen Regelung berücksichtigt werden."

Das Meldewesen sollte Daten erbringen, die von folgenden Ämtern abfragbar waren: Reichspost, Statistisches Reichsamt, Reichsstelle für Raumordnung, Reichssippenamt, Kriminalpolizei, Gestapo. „Erwägungen sicherheitspolizeilicher Natur treten in der Reichsmeldeordnung stärker hervor als in dem bisherigen Melderecht der Länder." (Die Verfasser)

Die Reichsmeldeordnung

In den Kriegsvorschriften vom 6.9.1939 fand eine Verschärfung der Bestimmungen statt: In allen Hotels, Pensionen usw. hatte, wer dort übernachten wollte, einen Ausweis vorzulegen. Ausländer mußten sich binnen 24 Stunden anmelden (bis dahin waren sie melderechtlich den Deutschen gleichgestellt), Deutsche binnen 3 Tagen (vorher 1 Woche). Diese „Laschheit" der Handhabung wird so entschuldigt: „Polizeiliche Vorschriften, die sich an eine unbeschränkte Zahl von Personen wenden, sind auch durch Strafandrohungen und Strafen nur durchzusetzen, wenn die Bevölkerung sie als notwendig anerkennt und als tragbar empfindet. Auch im Melderecht erreicht man nicht um so mehr, je mehr man von den Meldepflichtigen fordert. Verlangt man zu viel, so erreicht man erst recht nichts. Hingegen setzen sich maßvolle Forderungen, denen konsequent gegenüber einzelnen Widerstrebenden Geltung verschafft wird, im Laufe der Zeit völlig durch." Teile und herrsche, heißt die Devise.

Besonders in besetzten Gebieten sollte die Reichsmeldeordnung zu einem wichtigen Bestandteil des Besatzungsrechts werden. In einem Brief des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien an den Regierungspräsidenten Kattowitz heißt es beispielsweise:

„Die Geheime Staatspolizei hat bei Bekämpfung des polnisch-jüdischen kriminellen und politischen Verbrechertums festgestellt, daß die Bestimmungen der Reichsmeldeordnung von dem polnisch-jüdischen Bevölkerungsteil der eingegliederten Ostgebiete nicht beachtet werden. Polen und Juden betrachten es als nationale Pflicht, kriminellen und politischen Verbrechern, entwichenen Kriegsgefangenen, arbeitsvertragsbrüchig gewordenen fremdvölkischen Arbeitern, Personen, die sich absichtlich dem Arbeitseinsatz entziehen und illegal aus dem Generalgouvernement und aus der Sowjetunion eingewanderten Personen Unterschlupf zu gewähren. Diese Personen verüben fortlaufend Straftaten, werden von den kommunistischen oder national-polnischen Widerstandsbewegung finanziert oder bestreiten ihren Lebenswandel durch Schleichhandel und Schmuggel.

Wer sich nach diesem Zeitpunkt unangemeldet in den eingegliederten Ostgebieten aufhält oder anläßlich der polizeilichen Meldung falsche Angaben macht, wird einem Konzentrationslager zugeführt. Der Wohnungsinhaber, der es unterläßt, den Wohnungsnehmer innerhalb der durch die Reichsmeldeordnung vorgeschriebenen Frist anzumelden, der eine polizeilich nicht gemeldete Person oder eine Person, die sich nicht genügend ausweist, aufnimmt, wird ebenfalls in ein Konzentrationslager eingewiesen. Die Familienangehörigen jüdischer und polnischer Wohnungsinhaber, die wegen der Übertretung der Reichsmeldeordnung bestraft werden müssen, werden aus dem oberschlesischen Raum ausgesiedelt."

Im Laufe des Krieges gelang man dann dazu über, alle Personen, die auf die eben beschriebene Weise gekennzeichnet werden konnten, als des „Terrorismus" verdächtig (Polizeijargon) einzustufen.

Zur Ergänzung der Melderegister sollte eine Volkskartei angelegt werden, in der „alle Reichsangehörigen („Volksgenossen") zwischen 6 und 70 Jahren nach Jahrgängen geordnet aufgeführt werden sollten. Gefordert hatte sie die Wehrmacht.

Volkskartei

„Die Menschenverteilung ist das wichtigste und schwierigste, am weitesten rückständige Problem. Wegen des großen Mangels an Arbeitskräften muß eine Methode angewandt werden, die an Menschen spart. Der Mensch ist ein unersetzlicher Sparstoff. Das Ziel für die Menschenverteilung ist die Vorbereitung aller deutschen Menschen einschließlich Frauen zwischen dem 14. und 70. Lebensjahr. In das Aufgabengebiet fällt die Erfassung der Gesamtbevölkerung durch Schaffung einer Volkskartei unter Ausnutzung der Arbeitsbuchkartei." (Bericht über 15. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 15.12.1938)

Eine Arbeitsbuchpflicht gab es seit 1.6.1935 zur „zweckentsprechenden Verteilung der Arbeitskräfte". Zuständig waren die Arbeitsämter. Die Arbeitsbücher und entsprechenden Arbeitsbuchkarteien sicherten so, daß „nicht nur die vorübergehend Arbeitslosen und Angestellten mit den für die planvolle Durchführung des Arbeitseinsatzes verantwortlichen Stellen in ständige Verbindung" gebracht wurden.



Erfaßt, verfolgt, vernichtet — Statistik und ihre Wirkung im 3. Reich

Durch „planvolle Verteilung der Arbeitskräfte auf weite Sicht" sollten „Verzerrungen des Arbeitsmarktes" mit lohnpolitischen Zugeständnissen unterbunden werden. Im Arbeitsbuch und der dazugehörigen Karteikarte wurde der Verlauf eines Arbeitslebens festgehalten, jeder Wechsel, jede Arbeitslosigkeit und der sogenannte Arbeitsvertragsbruch.

Kontrollmaßnahmen wurden seitens der Arbeitsämter mit den Krankenkassen und Meldeämtern sowie Standesämtern vereinbart, um Krankheitsausfall, Umzüge und Tod erfassen zu können.

Dieses vor allem auf die industriell tätige Arbeiterschaft und kleinere und mittlere Angestellte gerichtete Erfassungssystem wurde in Gestalt der Volkspartei vor dem 2. Weltkrieg auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt. Die bürokratische Umsetzung unterlag der Ordnungspolizei. Kääb/Liebermann zu dieser Kartei:

„Von besonderer Wichtigkeit wird die Kartei für die Reichsverteidigung sein, da sie nicht nur die Wehrpflichtigen, sondern die gesamte Bevölkerung erfaßt. Es wird im Kriegsfalle der Einsatz der Gesamtbevölkerung nach und gemäß den Fähigkeiten der einzelnen Personen durchgeführt werden können, wenn in der Volkskartei ein einwandfreier Nachweis der verwendbaren Jahrgänge zur Verfügung steht. Der eigentliche Zweck der Kartei ist ihre Verwendung als Erfassungsmittel. Dieser Zweck ist erfüllt, wenn die Kartei aufgestellt ist und die Wohnungs- und Personenstandsänderungen laufend eingetragen werden."

Kosmetisch merken die Verfasser in einer Fußnote an, daß der Ausdruck „Erfassung" sich unschön anhöre. Man solle sich darum bemühen, einen besseren zu finden.

Die Karteikarten wurden nach den Kategorien „männlich" (braun) und „weiblich" (blau) getrennt. Geordnet wurden sie nach Geburtsjahren. Erfragt wurden Beruf (jetziger und erlernter Beruf), Besitz eines Arbeitsbuches (für arbeitsbuchpflichtige Berufe zwecks kriegswirtschaftlichen Einsatzes), Erwerbsbeschränkungen (z.B. körperliche Behinderung, ggf. für die Euthanasie interessant), Name und Familienstand (Anordnung so, daß auch unter diesem Gesichtspunkt ein rascher Zugriff möglich ist), Schul- und Hochschulbildung, Fremdsprachenkenntnisse und Aslandsaufenthalte (für Dolmetscherdienste), Fertigkeiten im Motorradfahren, Reiten, Fliegen (hieran ist der kriegsorientierte Zweck besonders deutlich abzulesen), ferner Ausbildung in Luftschutz, Sanitätsdienst, Deutsches Rotes Kreuz, technischer Notdienst. Schließlich der Wohnort. Bei weiblichen Befragten wird noch die Zahl der Kinder unter 15 Jahren erfragt, ferner Kenntnisse in Hauswirtschaft, Nähen und Kochen usw.

Die Karteikarten wurden an den Rändern mit Karteireitern versehen, die sich farblich unterschieden. (weißer Reiter: „Medizinalperson")

Außerdem konnten Randvermerke eingetragen werden wie: WD (zum Wehrdienst erfaßt), RAD (zum Reichsarbeitsdienst erfaßt), Stj (zur Staatsjugend erfaßt), Kk (hat Kennkarte). Seit dem 7.8.1941 wurden per Erlaß zum Vermerk über die Eigenschaft als Zigeuner „rassendiagnostische" Differenzierungen vorgeschrieben:

„1. Z bedeutet Zigeuner, d.h. Person ist oder gilt als Vollzigeuner oder stammechter Zigeuner,

2. ZM+ oder ZM (+) bedeutet Zigeunermischling mit vorwiegend zigeunerischem Blutsanteil.

3. ZM bedeutet Zigeunermischling mit gleichem zigeunerischen oder deutschen Blutsanteil.

(1) In Fällen, in denen ein Elternteil Vollzigeuner, der andere Elternteil deutschblütig ist, ist dies durch die Kennzeichnung ZM I. Grades besonders vermerkt.

(2) In Fällen, in denen ein Elternteil ZM I. Grades, der andere Elternteil deutschblütig ist, ist dies durch die Kennzeichnung ZM II. Grades besonders vermerkt.

4. ZM- oder ZM (-) bedeutet Zigeunermischling mit vorwiegend deutschem Blutsanteil.

5. NZ bedeutet Nichtzigeuner, d.h. die Person ist oder gilt als deutschblütig."

Von Interesse war auch das Datum des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. Falls ein fraglicher Fall vorhanden war, wurde in die Kartei der Vermerk „Staatsangehörigkeit auf Widerruf" eingetragen.

Die Volkskartei wurde immer mehr herangezogen, wenn jemand z.B. einen Paß, einen Jagdschein oder eine Gewerbelegitimationskarte usw. beantragte, also bei jeder Gelegenheit „bei der die Volksgenosse mit der Behörde in Berührung kommt". So sollte ein polizeihygienisch perfektes System erstellt werden, bei dem allmählich die Lücken geschlossen würden.

Der Nachfolger von Heydrich im Hauptamt Ordnungspolizei, Daluege, erklärte, daß das Meldewesen mehr sein solle als ein Adreßbuch. Die Volkskartei erfüllte weitgehend die Wünsche dieses Amtes. Auch z.B. in den besetzten Gebieten. Als Heydrich 1941 Reichsprotektor in Prag wurde, (er war damals zugleich Chef des Staatssicherheitsdienstes, der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei) bediente er sich dieser „normalen" Behörden, um das Fernziel „Eindeutschung des Raums" anzusteuern. Zur „tadellosen Durchführung dieses Endziels" müsse den Tschechen zunächst genügend Brot und Fett gegeben werden, um sie zu entpolitisieren. „Unter Entpolitisierung ist zu verstehen, das Interesse des Einzelnen verstärkt auf den Beruf und die materiellen Nöte zu lenken." Dazu müsse zunächst die Bevölkerung vorsortiert werden. „Dazu gehört die Herausdividierung und Evakuierung der Schlechtrassigen und des weiteren die planvolle und auf allen Lebensgebieten psychologisch gut geführte Eindeutschung des übrigbleibenden gutrassigen Restes. Voraussetzung ist eine völkische Bestandsaufnahme, die einmalig alle Menschen des Protektorats erfaßt und nach bestimmten Gesichtspunkten aussondert. Die Erfassung auf dem Umweg über Arbeitslager, Röntgenuntersuchungen usw. gibt nicht die unbedingt notwendige klare Übersicht und kann deshalb höchstens zusätzlich verwandt werden. Die völkische Bestandsaufnahme kann nur auf dem Weg über die Volkskartei durchgeführt werden, um die im Augenblick notwendige einmalige Volkskartei zu haben. Die Volkskartei kann nicht die endgültige Auslese sein. Für uns ist wichtig nur das derzeitige Bild der Familien an sich, um einen einmaligen Querschnitt durch die völkische und sippenmäßige Substanz zu haben und darauf die erforderlichen Maßnahmen aufzubauen."

Heydrich warnt davor, Entscheidungen etwa über Evakuierungen zu treffen, bevor man genau die Sachlage eruiert hat, da solche kleinen Fehler zu unnötiger Unruhe in der Bevölkerung führen können und sich ungewollte Solidarisierungseffekte einstellen können. Zwei Monate nach Amtsantritt führte Heydrich im Reichsprotektorat den Ausweiszwang für alle Tschechen ein.

Das System setzte auf den normalen, verdichteten bürokratischen Ablauf von Volkskartei, Kennkarte und Meldepflicht. Hinzu kam später die Einführung von Lebensmittelmarken und zuletzt die Reichspersonalnummer. Verbrecher, Deserteure, rassische und politische Abweicher sollten nicht mehr mit riesigem individuellen Fahndungsaufwand gesucht werden, sondern umgekehrt sollte bei jedem Meldevorgang überprüft werden, ob eine „zur Anmeldung kommende Person in den Fahnungslisten verzeichnet ist". Daher wird es notwenig, „ein Stück aller An- und Abmeldungen auf seinem Weg von der Meldebehörde der Gemeinde zu den Finanzämtern über die Kreispolizeibehörde zu leiten und dort durch Fahndungsbuch und Aufenthaltsermittlungsliste zu schleusen." Dies jedoch konnten die Nazis nur noch teilweise in die Praxis umsetzen.

Ausweispflicht

Seit dem 10.9.1039 gibt es in Deutschland den gesetzlichen Zwang, sich im Inland jederzeit auszuweisen. Jedoch noch Ende 1942 stellte Himmler fest: „Erfahrungsgemäß führt ein großer Teil der Bevölkerung weder im Alltagsverkehr noch auf Reisen amtliche Lichtbildausweise mit sich. Ich beabsichtige, im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, die Bevölkerung über den Ausweiszwang erneut aufzuklären. Amtliche Lichtbildausweise sind: Paß, Kennkarte, Dienstausweis, Mitgliedsausweis der NSDAP und NSV, Führerschein, Wehrpaß, Postausweis usw., außerdem bei volksdeutschen Umsiedlern der Umsiedlerausweis der Einwanderungszentralstelle. Personen, die ohne amtlichen Lichtbildausweis angetroffen werden, sind eingehend zu befragen." Strafbestimmungen gegen die Verletzung der allgemeinen Ausweispflicht hat das Dritte Reich nie erlassen. Die Zahl der Übertretungen war einfach zu groß.

Die Kennkarte als „allgemeiner polizeilicher Inlandausweis" war erst im Juli 1938 eingeführt worden. „Eine Kennkarte können alle deutschen Staatsangehörigen erhalten. Der Reichsminister des Inneren bestimmt, welche Gruppen von deutschen Staatsangehörigen in welchem Umfang dem Kennkartenzwang unterliegen." Unter den Inländern waren das die wehrpflichtigen Männer und die Juden. 1942 auch die Elsässer, Lothringer, Luxemburger und „Protektoratsangehörigen".

Die Kennkarte enthielt Lichtbild und Fingerabdrücke und war fünf Jahre lange gültig. Als Kennwort galt der Sitz der ausstellenden Paßbehörde. Diesem Ort wurde die individuelle Kennummer zugeordnet. Sie wurde immer doppelt ausgestellt, ein Exemplar kam in die Volkskartei.

„Durch diese Vorschrift sind in der Kennkarte Lichtbild und Unterschrift, also Handschriftprobe, und auch die Fingerabdrücke eines jeden mit seiner Volkskarteikarte verbunden. Der Bedeutung dieses Identifizierungsmittels muß der Karteiführer der Volkskartei dadurch eingedenk sein, daß er stets darauf bedacht ist, das Kennkartendoppel zu seiner Volkskarteikarte zu bekommen. Er muß also im Auge behalten, für welche Personengruppen der Kennkartenzwang eingeführt wird." (Kääb/Liebermann)



„Commandante de la Revolución“ Daniel Ortega Saavedra — der neue Präsident Nicaraguas

Der mit überwältigender Mehrheit gewählte Präsident Nicaraguas heißt Daniel Ortega, ist 39 Jahre alt und wird sein Amt offiziell mit dem Beginn des neuen Jahres antreten. Daniel Ortega gehört zum neunköpfigen Führungsgremium der Frente Sandinista de Liberacion Nacional (Sandinistische Front der nationalen Befreiung) FSLN und vertrat diese bisher in der Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional, der Junta der Regierung des nationalen Wiederaufbaus.

Daniel Ortega wurde 1945 im Department Chontales, östlich von Managua, als Sohn einer kinderreichen, mittellosen Familie geboren, die schon frühzeitig gegen die Diktatur des Generals Somoza Partei ergriff. Vater und Mutter wurden verhaftet und gefoltert. 1963 trat Ortega der Befreiungsfront FSLN bei, die noch illegal im Untergrund arbeitete. Er wurde 1967 verhaftet und saß bis 1974 im Gefängnis, wo er mehrmals gegen die Folter und die schlechten Haftbedingungen in den Hungerstreik trat. Ein Kommando der FSLN preßte ihn und andere politische Gefangene über eine Geiselnahme dann frei. Er übernahm in der Folgezeit dann militärische Führungsaufgaben im Befreiungskampf, wofür er den Titel „Commandante de la Revolución“ erhielt. Seit der Befreiung Nicaraguas von Somoza-Regime, mit dem Einmarsch in Managua im Juli 1979 delegierten ihn die anderen Commandantes in die Regierungsjunta.

Sergio Ramirez Mercado wird der Stellvertreter Ortegas sein. Sergio Ramirez ist 42 Jahre alt und ebenfalls schon seit dem Sturz Somozas Mitglied der Regierung des nationalen Wiederaufbaus. Sergio Ramirez gehörte zu einer fortschrittlichen nationalen Gruppe, die hauptsächlich aus Intellektuellen bestand und vom Ausland her den Befreiungskampf unterstützten. Diese „Gruppe der Zwölf“ verschaffte sich großes Ansehen, als sie lange vor der militärischen Entscheidung im Kampf nach Nicaragua zurückkehrte und offensiv und direkt den Kampf der FSLN unterstützte. Sergio Ramirez ist Schriftsteller und hat im Rahmen eines Austauschprogramms auch einige Zeit in der Bundesrepublik gelebt. Seine wichtigsten Bücher sind der Roman „Viva Sandino“, die Geschichte des nicaraguanischen Volkshelden, die Erzählungen „Vom Vergnügen des Präsidenten“ über das Treiben des Somoza-Clans, beide auch in Deutsch erschienen. Texte zur sandinistischen Revolution sind von Ramirez jetzt unter dem Titel „Mit den Waffen der Zukunft“ (wie alle anderen Bücher von ihm) im Hammer Verlag, Wuppertal erschienen.

„Der bislang kritischste Moment der Revolution“

Nicaragua ist verteidigungsbereit!

„Wir ergreifen die größtmöglichen Maßnahmen, um unsere nationale Souveränität gegen die US-Aggression zu verteidigen“, sagte Daniel Ortega am vergangenen Samstag. „Dies ist der bislang kritischste Moment der nicaraguanischen Revolution“, meinte Ortega weiter, der nach den Vorfällen der Woche vor allem Angriffe auf die nicaraguanischen Städte befürchtete.

Nicaragua steht den Drohungen der USA nicht schutz- und wehrlos, nicht unvorbereitet gegenüber. Nach der Verschärfung der Situation wurde höchste Alarmbereitschaft ausgerufen, die vielerorts schon ausgehobenen Schützengräben sind besetzt, vor wichtigen Gebäuden, Einrichtungen, Brücken und ähnlichem stehen Posten. Das Verteidigungsministerium hat bekanntgegeben, daß mindestens bis zum 21. November täglich Übungen zur Verteidigung der Hauptstadt Managua durchgeführt werden. Die gesamte Volksmiliz wird jetzt bewaffnet. Neben den rund 40000 Angehörigen der sandinistischen Volksarmee könnten dann nach Angaben aus Managua weitere 400000 Milizionäre zum Schutz der Revolution, der Freiheit und der Unabhängigkeit des Landes aufgeboten werden.

20000 Schüler und Studenten, die eigentlich zur Kaffeeernte auf die Plantagen fahren sollten, wurden ebenfalls zur Verteidigung Managuas aufgerufen. Die Jugendlichen, die eigentlich den Bauern helfen sollten, das wichtigste Exportgut des Landes einzubringen, bleiben jetzt in der Hauptstadt. Der Minister für die Agrarreform, Jaime Weelcock, teilte dazu mit, die Nicaraguaner wollten „lieber den Kaffee als das Vaterland verlieren.“

Die angespannte Lage hat natürlich noch weitere Folgen: wer es sich finanziell leisten kann, der hamstert, Schwarzmarktpreise erreichen astronomische Höhen und einige Leute besorgen sich auch schon Flugtickets für den Fall, daß es noch ernster wird. Die Plätze auf der salvadorianischen Linie „Taca“, nach San Salvador sind bis Januar ausgebucht, der Transantlantikflug der „Iberia“ nach Madrid gar bis Februar 1985. Wer es sich leisten kann, der versucht sich abzusetzen. Und natürlich auch seinen Reichtum mitzunehmen. Es gab in der vergangenen Woche einen regelrechten Run auf die Banken, die Zahlungsfähigkeit ist fast erschöpft, Auszahlungen werden nur noch kontingentiert vorgenommen. Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Diejenigen aber, die so eindrucksvoll bei den Wahlen die Frente in ihrer Politik bestätigt haben, sie gehen jetzt als Freiwillige in die Berge, um die Kaffee-Ernte einzubringen, oder bereiten sich darauf vor, eine eventuelle Invasion der USA mit dem Gewehr zu beantworten. Denn was kündigte der Präsident des Staatsrates, Carlos Nunez, für den Fall einer US-Invasion an? **In diesem Fall „haben die Marines nicht das Problem, wie sie ins Land kommen, sondern wie sie wieder herauskommen.“**

Die ersten freien Wahlen in Nicaragua

Eindrucksvoller Sieg der FSLN

Mit einer satten Zweidrittelmehrheit für die Frente Sandinista de Liberación Naciónal (FSLN) bei unerwartet hoher Wahlbeteiligung endeten die ersten freien Wahlen in Nicaragua. Fünf Jahre nach dem Sturz des Somoza-Regimes wurde die sandinistische Befreiungsfront als wichtigste und stärkste politische Kraft in das neue Parlament gewählt. Der erste Präsident des neuen Nicaragua wird der Kommandant der Revolution, Daniel Ortega, sein, sein Stellvertreter Sergio Ramirez (siehe auch Kasten, links).

Das erste, aufsehenerregende Ergebnis der Wahlen war die sehr hohe Wahlbeteiligung. Über 80 Prozent der mehr als 1,5 Millionen Wahlberechtigten gingen zu den Urnen. Das diese hohe Wahlbeteiligung auch aus den umkämpften Grenzgebieten gemeldet wurde, zeugt von der guten Vorbereitung der Wahl selbst und der hohen Bedeutung, die die Menschen diesen Wahlen beimaßen. Zum Vergleich sei noch einmal an die Wahlen in El Salvador vor einigen Monaten erinnert, wo es trotz Wahlpflicht nur zu 40 Prozent Wahlbeteiligung kam.

Die Wahlergebnisse — letzte genaue Auswertungen liegen uns noch nicht vor — zeigt eine deutliche, über Zweidrittel der abgegebenen Stimmen liegende, Mehrheit der FSLN. Die rechte, reaktionäre Konservativ-Demokratische Partei erhielt rund 12 Prozent der Stimmen, die ebenso scharf oppositionelle PLI, die Unabhängige Liberale Partei, rund 10 Prozent. Auf rund fünf Prozent dürfte die Christlich-soziale Volkspartei (PPSC) kommen, die für einen „Sozialismus mit christlicher Inspiration“ eintritt und in vielem die Sandinisten kritisiert.


BOLETA ELECTORAL PARA PRESIDENTE Y VICEPRESIDENTE
CONSEJO SUPREMO ELECTORAL
REPUBLICA DE NICARAGUA

1	2	3	4	5	6	7
PPSC	MAP-ML	PCDN	FSLN	PC de N	PLI	P.S.N.

Der Wahlzettel vom 4. November

Linke Stimmen hat die FSLN zum allergrößten Teil für sich gewinnen können. So kamen die drei links von der Frente kandidierenden Parteien auf nicht einmal fünf Prozent zusammen. Die traditionsreiche Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN) als auch die sich aus ihr nach links abgespaltene Kommunistische Partei (PCN) und die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) stellten sowieso keine Alternative zur Frente Sandinista dar, konnten sich aber, wie es aussieht, auch nicht als linkes Korrektiv zur Politik der Frente etablieren. Wenn genauere Ergebnisse und Stellungnahmen der MAP-ML z. B. vorliegen, wird der RM nochmals auf die Wahlergebnisse der Linken in Nicaragua eingehen.

Die Wahlen fanden unter starker internationaler Beobachtung statt. Mindestens 800 Journalisten aus aller Welt waren eigens zur Wahlbeobachtung angereist, verschiedenste Parteien, Gruppen und Organisationen hatten Beobachter entsandt. Bis auf Ausnahmen in Blättern der politischen Rechten wird — ganz im Gegensatz zu den ansonsten hier so hochgelobten Wahlen von El Salvador — die Wahlprozedur als korrekt und gut organisiert dargestellt. Da am Wahlprozeß nur schwer herumzukritisieren ist, ist der Wahlboykott der „Coordinadora Democratica“, der Demokratischen Koordination der Reaktion als Hetzargument gegen Nicaragua willkommen. Die in der „Cordinadora“ zusammengeschlossenen Rechtskräfte sind nicht nur deswegen nicht angetreten, weil sie eine deutliche Abfuhr erhalten hätten, nein, sie boykottierten diese Wahl auch im Interesse der Feinde Nicaraguas, die die Nichtteilnahme der Rechten sofort als Vorwand nahmen, um die vom Volk abgestimmten Ergebnisse der Wahl zu ignorieren.

CDU und CSU ließen vergangene Woche verlauten, daß sie das Ergebnis der Wahlen nicht als demokratisch anerkennen. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans Klein (CSU) bezeichnete *„diese sandinistische Veranstaltung als Trauerspiel“*, das den Namen Wahlen nicht verdiene. Ausnahmezustand, Pressezensur und organisierter Mob hätten den Oppositionsparteien keine Chance gelassen. Also auch nach den Wahlen — die Hetze gegen Nicaragua geht weiter, das kleine freie Land ist dem US-Imperialismus und seinen Freunden und Helfershelfern ein Dorn im Auge.

Bei Redaktionsschluß erreichte uns noch das vorläufige amtliche Endergebnis.

Von 1181500 Stimmen waren 1099588 gültig und verteilten sich wie folgt auf die Parteien:

FSLN 736052 (66, 94 Prozent); Konservativ-Demokratische Partei, PCD 153108 (13,93 Prozent); Unabhängige Liberale Partei, PLI 106131 (9,65 Prozent); Christlich-Soziale Volkspartei, PPSC 62263 (5,66 Prozent); Kommunistische Partei Nicaraguas, PCN, 16310 (1,48 Prozent); Sozialistische Partei Nicaraguas, PSN 14607 (1,33 Prozent); Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion, MAP-ML 11117 (1.01 Prozent). Die drei Parteien links von der Frente erhielten somit 42034 Stimmen, das sind 3,82 Prozent. Über die Mandatsverteilung ist uns noch nichts bekannt.

Enrique Schmidt ist gefallen

Im Alter von 37 Jahren ist der nicaraguanische Minister für Kommunikationswesen, Enrique Schmidt-Cuadra, am 5. November im Kampf gegen die Contras gefallen. Enrique Schmidt war ein besonderer Freund der westdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Der konsequente Gegner Somozas wurde aufgrund internationalen Protests 1974 aus den Kerkern des Diktators befreit und kam in die Bundesrepublik, wo er studierte. Hauptsächlich aber organisierte er die Solidarität mit seinem Heimatland, setzte sich auch im Exil für sein leidgeprüftes Volk ein.

Aus dieser Zeit und von seinen vielen Auftritten in der Bundesrepublik — zuletzt am 20. 10. auf der Friedensdemonstration in Hamburg — stammen die zahlreichen Freundschaften nach Deutschland. Enrique Schmidt war von der Friedensbewegung nach Bonn zur großen Nicaragua-Demonstration eingeladen. Er hielt es für wichtiger, im eigenen Land zu kämpfen. Er führte eine Einheit im Kampf gegen eingedrungene Contras, die wenige Tage vor der Wahl in einer kleinen Stadt unter anderem sechs Kinder umgebracht hatten. Bei einem Gefecht gegen diese Mörder fiel Enrique Schmidt.

Nach der Revolution in Nicaragua hat er die schwere Aufgabe übernommen, die sandinistische Polizei aufzubauen. In einem Land, das Polizei nur als korrupte, gewalttätige und unterdrückende Einrichtung kennt, keine leichte Sache. Nachdem Enrique Schmidt diese Aufgabe gelöst hat, arbeitete er in einem ähnlich schweren Bereich: dem Post- und Kommunikationswesen, das von enormer Bedeutung für das bedrohte Land ist.

Als fünf Jahre nach der Vertreibung des Diktators die ersten freien Wahlen in seinem Land stattfanden, starb Enrique Schmidt im Kampf gegen die Contras. Sein Tod — wie der tägliche Tod all der uns unbekannten Kämpfer für ein freies Nicaragua, für das „Nicaragua libre“ — kann für uns nur Anlaß für verstärkte Solidarität sein.

Belagerungszustand in Chile

Die Diktatur schlägt wild um sich

Auf traurige Weise hat sich eine Einschätzung bewahrheitet, die wir im letzten Roten Morgen abdruckten. Nach dem Rücktritt von Pinochets Regierungsmannschaft haben wir geäußert: *„... die Machthaber sind ratlos — außer verstärktem Terror, noch mehr Gewalt und Unterdrückung haben sie keinerlei Mittel mehr, ihre Herrschaft zu sichern.“* Die Ereignisse in den letzten Tagen in Chile haben genau das bewiesen. Der Diktator ließ den Belagerungszustand ausrufen, eine Verschärfung des Ausnahmezustands, der fast ohne Unterbrechung im Lande herrscht. Während des Belagerungszustands können Chilenen ohne Haftbefehl festgenommen und ohne richterliche Entscheidung festgehalten, deportiert, ausgewiesen oder verbannt werden. Das Recht auf Versammlungs-, Meinungsfreiheit und Zusammenschluß sowie die eh schon geringen gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten sind aufgehoben.

Für alle Medien Chiles wurde die Verbreitung von Informationen, Interviews, Reportagen und Fotos untersagt, die nach Meinung der Junta „die Bevölkerung in Unruhe versetzen“ könnten.

In dieser Situation schickte Pinochet seine Truppen los. Polizei und Militär „säuberten“ ganze Stadtviertel. Vor allem in die Armenviertel, die Zentren des Widerstands gegen die Diktatur fielen die bewaffneten Helfer des Diktators ein, verschleppten Tausende, verhörten sie, — wer irgendwie verdächtig war, wurde in KZ-ähnliche Lager verbracht. Diese Terrorwelle — die in den durchkämmten Vierteln oft nur Trümmer hinterläßt, ist der erneute Versuch, den Widerstand gegen Pinochet zu brechen. Zuletzt war es mit einem „nationalen Dialog“ versucht worden. Aber der dafür zuständige Innenminister Jarpa gab auf. Denn der Dialog, den er führen sollte, war nichts als ein Diktat. Vor allem die bürgerliche Opposition wollte er in die Herrschaft einbinden, aber selbst die hat als eine der ersten zu erfüllenden Forderungen, daß Pinochet verschwindet, seine Amtsdauer nicht bis 1989 läuft. Darüber läßt Pinochet natürlich nicht mit sich reden — der Rücktritt Jarpas (den Pinochet wieder in sein Amt einsetzte) war nur der Anlaß, der Auftakt zu einer neuen Phase der terroristischen Politik der faschistischen Junta. Doch auch diese mörderische Offensive bricht den Widerstand nicht. Der Protest auf den Straßen, in den Betrieben und Schulen, in den Stadtvierteln, wo die immer größer werdende Zahl der Armen lebt, dieser Protest hält an.

Ein Beispiel aus den letzten Tagen: Die Polizei hatte den Bäcker Juan Antonio Aguirre verhaftet, gefoltert und getötet. 56 Tage nach seiner Verhaftung wurde sein Leichnam ohne Kopf aufgefunden. Bei der Beerdigung Aguirres näherte sich ein Polizist auf seinem Motorrad dem Trauerzug. Ein Jugendlicher geht auf ihn zu und sagt: „Du hast nur acht Schuß in deiner Pistole, kannst also höchstens acht von uns umbringen, — aber was dann?“ Der Polizist ist daraufhin sofort verschwunden.



Der Diktator, bei der Verkündung des Belagerungszustands ...



... und seine Gegner, das Volk von Chile im Widerstand.

DGB-Solidarität

Ein gutes Beispiel gewerkschaftlicher Solidarität mit den britischen Bergleuten ist uns jetzt aus Hamburg bekannt geworden. Zur Unterstützung der seit acht Monaten im harten Kampf für ihre Arbeitsplätze stehenden britischen Kumpel haben alle im Hamburger DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften einen Aufruf unterzeichnet, der um einen Stundenlohn für die streikenden britischen Bergarbeiter bittet. Wir veröffentlichen diesen Aufruf, nicht nur um die Hamburger Initiative zu unterstützen, sondern auch als Beispiel und Anregung für andere Orte. Im folgenden der Aufruf im Wortlaut:

Hilfe für die britischen Bergarbeiter

Seit 7 Monaten streiken die britischen Bergarbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Wir rufen alle Hamburger Gewerkschafter auf, praktische Solidarität zu üben.

Margaret Thatcher und der von ihr eingesetzte Chef der staatlichen Kohlenbehörde McGregor gehen mit brutaler Gewalt gegen die Streikenden vor und predigen Haß: „Sie sollen Gras fressen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit bald 7 Monaten stehen die Räder in den Gruben und Minen der britischen Bergbauindustrie still. Über 140000 Kumpel streiken für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Über 20000 Bergarbeiter sollen nach dem Plan der staatlichen Kohlebehörde entlassen werden.

Coal not doal (Kohle und nicht Arbeitslosenhilfe!)

Die britischen Kollegen wollen ihre Arbeitsplätze erhalten. Mit diesem Kampf wollen sie gleichzeitig den massiven Angriff auf eine der kampfstärksten Gewerkschaften zurückweisen, die exemplarisch für ganz Europa vernichtet werden soll. Die bisherige Vernichtungsstrategie, Anti-Gewerkschaftsgesetze, Beschlagnahme des Vermögens der Druckergewerkschaft, Zerschlagung der Metallgewerkschaft bei British Leyland soll nun mit dem Zerschlagen der Bergarbeitergewerkschaft fortgesetzt und gekrönt werden. Dabei mißbraucht die britische Regierung Polizisten zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Das ist der für jeden erkennbare reaktionäre Plan der konservativen britischen Regierung.

Mit aller Brutalität geht die staatliche Macht gegen die Streikenden vor. Bergarbeiter, die vor anderen Betrieben Streikposten stehen, werden verhaftet. 6000 Bergleute wurden in den letzten Monaten verhaftet, zwei von ihnen als Streikposten getötet und tausende verletzt.

Gleichzeitig sollen die Gewerkschaft, ihre Mitglieder und Familien ausgehungert werden. In Großbritannien ist es nicht so wie bei uns üblich, daß die Gewerkschaft Streikunterstützung bezahlt. Auch wäre der Streik längst zu Ende, weil durch die Dauer und den Umfang das Vermögen inzwischen verbraucht wäre. Über Sammlungen in anderen Gewerkschaften und Betrieben werden die Kumpel und ihre Familien unterstützt. Alle wissen, daß überdurchschnittliche Solidarität nötig ist, weil nur so der Kampf zu gewinnen ist.

Die Familien der verheirateten Bergleute erhalten Sozialhilfe. Davon wird jedoch ein Teil abgezogen, für angeblich von der Gewerkschaft erhaltene Leistungen. So führen die Gewerkschafter, ihre Frauen und Familien einen Kampf auch gegen den Hunger. Sie schließen sich zusammen und versorgen die Familien und Kinder gemeinsam.

Aber die Bergarbeiter und ihre Familien sind nicht bereit, sich einer kapitalistischen Wirtschaftsstrategie zu beugen, die ganze Regionen vernichtet, zehntausende arbeitslos macht und die Zukunft ihrer Kinder gefährdet.

In unseren Medien wird nur wenig über diesen schwerwiegenden Existenzkampf unserer britischen Kolleginnen und Kollegen berichtet. Teilweise werden die Aktionen kriminalisiert.

TUC (vergleichbar mit unserem DGB) und die Labour Party haben zur massiven Solidarität mit den Bergarbeitern aufgerufen. Ohne die schon geleistete Unterstützung durch die britischen und europäischen Kollegen wäre der Kampf bereits verloren. Wir können und dürfen nicht zulassen, daß exemplarisch für ganz Europa einen Gewerkschaft vernichtet wird. Die Bergarbeiter und ihre Familien brauchen unsere Solidarität.

Sie nehmen große Entbehrungen auf sich, um diesen Kampf durchstehen zu können. Als Gewerkschafter ist es unsere ureigenste Sache, diesen Kampf zu unterstützen. Es muß verhindert werden, daß sich der antigewerkschaftliche Kurs innerhalb der Europäischen Gemeinschaft weiter ausbreitet, der auch uns allzu schnell treffen kann. Die letzte Tarifbewegung in der Bundesrepublik hat entsprechende Tendenzen deutlich werden lassen.

Weil internationale Solidarität unter Gewerkschaftern für uns eine Selbstverständlichkeit ist, fordern wir alle Hamburger Gewerkschafter auf, die britischen Bergleute und ihre Familien wirksam materiell zu unterstützen, auch wenn es für den einzelnen von uns ein gewisses Opfer bedeutet.

Das Gesamtproblem des Kampfes der britischen Bergleute und der damit verbundene tiefgreifende politische Konflikt machen deutlich, daß eine Solidaritätsaktion nur dann die Kämpfenden wirksam unterstützen wird, wenn das Durchhalten dieses Kampfes sichergestellt ist.

Daher bitten wir alle, die sich dieser Solidaritätsaktion anschließen wollen, möglichst mit einem Dauerauftrag monatlich einen bestimmten Betrag unter dem Motto

1 Stundenlohn für die streikenden britischen Bergarbeiter

auf das Spendenkonto zu überweisen.

Außerdem rufen wir alle Gewerkschafter auf, in ihren betrieblichen Wirkungsbereichen Spendensammlungen durchzuführen. Der Kampf der britischen Bergarbeiter geht uns alle an, ihr Erfolg wird auch uns stärken. Jetzt brauchen wir tatkräftige internationale Solidarität.

Hamburger Gewerkschafter seid solidarisch!

„Hilfe für die britischen Bergarbeiter“, DGB/Hamburg, Bank für Gemeinwirtschaft, Konto-Nr. 1290013204 BLZ 20010111, Gemeinsames Konto der Hamburger DGB-Gewerkschaften.

Amerika hat ihn wieder. Ronald Reagan ist für vier weitere Jahre als Präsident der USA wiedergewählt. Ginge es nicht auch uns hier in der Bundesrepublik an, man könnte mit dem beliebten Spruch „Die spinnen, die Amis“ darüber zur Tagesordnung übergehen. Es geht uns aber auch was an, wer und wie regiert wird, in dem Staat, der sich als „westliche Führungsmacht“ versteht. Da hilft es auch nicht viel, Zahlen heranzuziehen, die beweisen, daß Ronald Reagan nur von einer Minderheit der wahlberechtigten US-Bürger gewählt wurde. Sicher, nur 52 Prozent der Wahlberechtigten haben an den Wahlen teilgenommen, davon votierten 58 Prozent für Reagan, 41 Prozent für Monadale. Die 53 Millionen Reagan-Wähler machen demnach nur rund 30 Prozent der Wahlberechtigten aus. Und erst das undemokratische Wahlmännersystem der Präsidentschaftswahl machte den „Erdrutsch“, die „Lawine“, — so wurde das Ergebnis oft kommentiert — möglich.

Dennoch, so deutlich, mit so großem Abstand zur Konkurrenz hat noch nie ein US-Präsidentschaftskandidat die Wahlen gewonnen, auch die für unsere Verhältnisse sehr niedrige Wahlbeteiligung ist Tradition in den USA. Es steckt also etwas mehr hinter dem Ergebnis der US-Wahlen. Ronald Reagan als den „Prozent-Sieger“ abzutun, wie es die MLPD tut, ist etwas zu einfach.

Ach, du Sch ...

Nochmal vier Jahre Reagan

Reagan schwimmt auf einer Welle, einer Stimmung, die von neuem Wirtschaftsaufschwung träumt, von nationaler Größe von militärischer Überlegenheit. Diese Momente sind nicht nur leere Vokabeln, Versprechungen. Es gibt — auf Kosten der Armen, auf Kosten des sozialen Fortschritts — im Reaganschen Sinne wirklich Erfolge. Die Methode ist recht einfach: Das Wachstum der Staatsausgaben wird durch enormen Sozialabbau reduziert, die Steuern des Bundes werden gesenkt, um mehr in die Industrie investieren zu können und das Wirtschaftswachstum zu beleben. Der Abbau von Subventionen fördert das „freie Unternehmertum“ nur die gesunden, profitträchtigen Betriebe überleben — auf Kosten der Arbeitsplätze. Eine Politik des knappen teuren Geldes schränkt die Inflationsrate ein und die Hochzinspolitik der US-Banken lockt ausländisches Kapital in riesigen Summen ins Land.

Eine der „großen“ Leistungen der letzten Amtsperiode Ronald Reagans, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Reduzierung der Arbeitslosenrate von 10,7 auf 7,5 Prozent, wurde propagandistisch auch groß ausgeschlachtet, obwohl sich dahinter nichts anderes verbirgt, als die „Umverteilung“ von Arbeitskräften. Qualifizierte Arbeitsplätze in der Industrie gibt es immer weniger, ein Millionenheer von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich mit Teilzeitarbeit, Niedrigstlöhnen haben die neuen Zahlen geschaffen. Die Gesamtbeschäftigung in den USA ist dabei im Vergleich zu den 60er Jahren nicht gestiegen, die Qualität der neuen Arbeitsplätze wird immer schlechter.

So ist die „neue Prosperität“ mehr eine Hoffnung in den USA — zumindest für die Arbeiter — die Unternehmer scheffeln Gewinne wie selten. Mit diesen Hoffnungen, mit Versprechungen und dem Glauben an die Vision eines „erneuerten Amerika“ hat Ronald Reagan seine Wähler gewonnen. Stimmen aus der Gewerkschaft, die hinter die Kulissen blickten und klarmachten auf wessen Kosten das alles geht, kamen nicht durch. Der Vorstizende des Gewerkschaftsverbandes nannte die letzten vier Jahre Reagan eine „durchs Land fegende Konterrevolution gegen den sozialen Fortschritt des letzten halben Jahrhunderts“. Aber die von den Gewerkschaften angepriesene Alternative, der Kandidat Mondale schaffte es weder in Reagans Wählerpotential einzubrechen, noch, was viel wichtiger wäre, die Nichtwähler, und das sind die Betroffenen von Reagans Feldzug gegen die Armen, zu mobilisieren. Die Arbeitslosen, die Schwarzen, die Jugendlichen, die vielen nationalen Minderheiten, die Millionen, die unter der Armutsgrenze leben, sie sahen in Mondale keine Alternative zum großen Übel Ronald Reagan. So feierte der nun den „Erdrutsch“, „die Lawine“, den „Steppenbrand“, den er entfacht hat. Und er wird weiter daran gehen, seine reaktionären Pläne und Vorstellungen zu realisieren. Vom Schulgebet bis zum Abtreibungsverbot, vom Sozialabbau bis hin zur Wahnsinnsrüstung bis in den Weltraum hinein glaubt er jetzt freie Hand zu haben.

Die moderaten Töne über Abrüstungs- und Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion, die von Reagan nach der Wahl zu hören waren, dürfen nicht täuschen. Die aktuelle Politik gegenüber Nicaragua beweist die wirklichen Absichten und Ziele dieses reaktionärsten Vertreters des US-Imperialismus. Daß die Bonner Herren ihren Bruder im Geiste groß beglückwünschten, war zu erwarten. Daß ausgerechnet Otto Schily von den Grünen — ehrfürchtig vor dem Wahlergebnis erschauernd — in einer ersten Stellungnahme meinte, bei aller Kritik, dürfe man Ronald Reagan nicht verteufeln, ist nur ein Anlaß, auch bei uns wachsam zu sein, daß amerikanische Zustände nicht auch bei uns in Mode kommen. Freunde hat die Reagansche Politik bei den Herrschenden hier schon genug!

Atemnot im Kohlenpott

Die Wetterlage über dem Ruhrgebiet wechselte ins Bedrohliche. Der Dreck aus Industrieschloten und Auspufftöpfen blieb in dunklen Schwaden über dem Ruhrgebiet hängen. Kein Lüftchen wehte.

Fünf Meßstationen in Bottrop, Essen-Altendorf, Herne, Gelsenkirchen und Oberhausen meldeten vom 15. bis 20. Januar 1982 über mehrere Tage eine deutliche Überschreitung der Grenzwerte. Der Smog-Alarm blieb aus. Da zwei Stationen im Smoggebiet eins und drei Stationen im Somggebiet zwei liegen, wurde in keinem der Gebiete die erforderliche Überschreitung an vier Meßstellen erreicht. Die alten Alarmverordnungen sind unzulänglich und treten erst in Kraft, wenn die Luft für Alte, Kranke und Kinder lebensbedrohlich ist. „15 bzw. 30 zusätzliche Tote pro Million Einwohner“, berichtet Professor Hans-Werner Schlipköter vom Medizinischen Institut für Umwelthygiene in Düsseldorf, würden allein im Ruhrgebiet „in Kauf genommen“, wenn Smogzustände der Gefahrenstufe zwei und drei zu verzeichnen seien.

Doch nicht nur die Smogverordnungen sind unzureichend, auch die Grenz- und Richtwerte der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“, entstanden unter dem Einfluß der Industrielobby, sind verantwortungslos. Die amtlichen Grenzwerte werden kaum überschritten, doch die Meßergebnisse werden mathematisch verformt. Schadstoffkonzentrationen werden nur stichprobenartig ermittelt und als Mittelwerte zusammengefaßt. Gefährliche Spitzenbelastungen werden unterschlagen. Die Meßwerte suggerieren dem Bürger eine heile und gesunde Umwelt.

Doch die Tatsachen sprechen für sich.

Im östlichen Ruhrgebiet gelangen pro Jahr ca. 800000 Tonnen Schadstoffe in die Luft. Hauptverursacher sind mit 61 Prozent Kraftwerke und Industrie. Die Folgen sind katastrophal: Kinder leiden an verminderter Lernfähigkeit und am lebensbedrohenden Erstikkungshusten Pseudo-Krupp. Bei Dortmunder Kindern im Alter von sieben bis acht Jahren wurden bei 73 Prozent geschwollene Halslymphknoten und geschwollene Mandeln festgestellt, bei weniger belasteten Nachbarstädten „nur“ 39 oder 56 Prozent. In Bochum ist als Folge der Luftverunreinigung Lungenkrebs 60 bis 80 Prozent häufiger als in Landstrichen mit sauberer Luft.

Was an Rückgang der Belastung in der Presse gemeldet wurde, ist in vielen Fällen auf den Bau höherer Schornsteine zurückzuführen. Die Stickstoffbelastung steigt nach wie vor bundesweit und die Konzentration gefährlicher lungengängiger Feinstäube nimmt in letzter Zeit ständig zu.

Um die Gesundheit der Bevölkerung in Ballungsgebieten zu gewährleisten, sind Sofortmaßnahmen notwendig. Die höchsten zulässigen Werte der TA-Luft müßten mindestens auf ein Drittel der jetzt gültigen gesenkt werden. Die Verringerung der Schadstoffe ist kein technisches Problem.

Die Entschwefelung bereits bestehender Kraftwerke würde bundesweit eine Gesamtinvestition in der Höhe eines Atomkraftwerks erfordern.

M. SCH.

Weg mit der Zwangsarbeit

Protestaktion gegen Arbeitsverpflichtung in Köln

An jenem kühlen Herbstmorgen Anfang November verstanden die Besucher des Kölner Melatenfriedhofes die Welt nicht mehr: Wo sonst vorwiegend arbeitsverpflichtete Sozialhilfeempfäger mürrisch Wege und Grünflächen in Ordnung hielten, formierten sich diese zu einer Demonstration. Mit Transparenten und Umhängeschildern bewaffnet, machten sie deutlich, daß sie nicht länger gewillt sind, für 1,50 DM die Stunde zu arbeiten.



In Köln gibt es inzwischen über 40000 Sozialhilfeempfänger. Die Stadt, zuständig für die Unterstützungszahlungen, hat es im letzten Jahr fertiggebracht, trotz erheblich gestiegener Sozialhilfeempfängerzahlen, weniger Geld insgesamt zu zahlen.

Wieviel Geld sie zusätzlich durch die Arbeitsverpflichtung eingespart hat, läßt sich nicht genau errechnen. Jedenfalls verrichten an rund 350 Stellen bei der Stadt und städtischen Unternehmen Sozialhilfeempfänger „gemeinnützige“ Arbeiten — gemein für die Betroffenen (1,50 die Stunde ist gemein!) und nützlich für das Stadtsäckel! Ob bei der Pflege der Grünanlagen, beim Abfallsammeln auf den Gleisen der KJB (Kölner Verkehrsbetriebe) oder beim Stühlerücken vor und nach Veranstaltungen in städtischen Säälen — tariflich bezahlte und festangestellte Arbeitskräfte werden eingespart. Selbst beim kommunalen Prestigeprojekt der SPD-regierten Stadt, der Einrichtung und Markierung von Fahrradwegen waren die Einsfünfzig-Heinzelmännchen maßgeblich beteiligt!

Wundersam mutet es da dann schon fast an, wie der Passus ‚eine solche Zwangsarbeit widerspreche der Würde des Menschen‘ ins Kommunalwahlprogramm der SPD für die letzte Kommunalwahl gelangen konnte?

Die Betroffenen wehren sich schon länger gegen den neuen Arbeitsdienst. Die meisten individuell, dadurch, daß sie einfach zur Zwangsarbeit nicht erscheinen (und dadurch ihre Unterstützung gestrichen bekommen können), eine wachsende Gruppe von ihnen aber auch gemeinsam. Im Kölner Arbeitslosenzentrum hat sich eine Initiative gebildet, die seit einiger Zeit Aktionen gegen die Zwangsarbeit durchführen. Erfolg der Aktion auf dem Melatenfriedhof: Solange sie mit Umhängeschildern bewaffnet zum Arbeitsdienst erscheinen, brauchen — ja dürfen — sie nicht arbeiten.

Der Friedhofsvorsteher schickt sie direkt wieder nach Hause, denn Demonstrationen haben auf einem Friedhof seiner Ansicht nach nichts zu suchen!

P. S.: Die städtischen Bürokraten begründen die miese Bezahlung der Arbeit damit, daß die Betroffenen ja durch den Bezug der Sozialhilfe schon ausreichen versorgt seien und die 1,50 DM pro Stunde quasi ein Zubrot sei. Nach unterschiedlichen Angaben beträgt die durchschnittliche Höhe der Sozialhilfe pro Erwachsenem etwa 300 DM monatlich — wirklich eine üppige Versorgung!

Vielleicht liegt in der Begründung eine Lösung für die Spendenaffäre: Wenn alle Abgeordneten des Bundestages für alle ihre Nebentätigkeiten höchstens 1,50 DM in der Stunde verlangen dürften ... Im Sprachgebrauch der Chefetagen würden sie dann aber womöglich alle zu „Sozialfällen à la Barzel ...

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklause“, Eckenheimer Landstraße 43
Der nächste am 7. Dezember, Thema: „Diskussion über die Ausländerpolitik der KPD“

DORTMUND

Veranstaltung der KPD
„Ausländerpolitik der KPD“
Rede eines türkischen Genossen, kulturelle Beiträge, Podiumsdiskussion über „doppelte Staatsbürgerschaft“
Donnerstag, 29. November, 19.30 Uhr
Gaststätte „Jacobschänke“, Weißenburger Straße

KPD-KONFERENZEN

Arbeitslosentreff-Nord
Samstag, 24.11. um 11.00 Uhr
Thälmann-Buchhandlung, Margaretenstraße 58, Hamburg 6
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Arbeitslosentreff-Mitte
Samstag, 1.12. um 11.00 Uhr
Zentrales Parteibüro der KPD, Dortmund-Hörde, Wellinghofer Str. 103
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Frauenkonferenz-Süd
Sonntag, 25.11. um 11.00 Uhr
Bücherstube Ost, Stuttgart, Haußmannstr. 107
Alle Genossinnen aus dem Raum sind herzlich und dringend eingeladen.

HAMBURG

Öffentlicher Politischer Bildungsabend der KPD
„Sozialismus — aber wie?“
Erfahrungen der Pariser Kommune
Der erste einer Reihe von Bildungsabenden zu diesem Thema Sozialismus
Mittwoch, den 21. November 19.30 Uhr
Thälmann-Buchhandlung, Margaretenstr. 58, 2 Hamburg 6

DORTMUND

„Die geflickte Republik“
Diskussionsabend der KPD Dortmund
Freitag, 16. November, 20.00 Uhr
„Blüchereck“, Kesselstraße Ecke Blücherstraße (Nordstadt)

Nachlese zum Gesundheitstag 84

Zum Gesundheitstag in Bremen drucken wir folgenden Artikel aus der Zeitschrift „Augen auf!“ (Herausgeber die Bremer Ausbildungspersonalräte) ab. Dabei geht es uns vor allem darum, deutlich zu machen, wie aktive ÖTVler dieses Ereignis mitgetragen haben und es heute sehen.

Ein Mammutprogramm von weit über 500 Diskussions- und Arbeitsgruppen Podiumsgesprächen, Vorträgen, Seminaren, Workshops, Großveranstaltungen begleitet von einem Kulturprogramm und einer unübersehbaren Menge von Informationsständen — so stellte sich den 13000 Besuchern der Bremer Gesundheitstag dar.

Wir beteiligten uns aktiv an zwei Veranstaltungen. Die „Ausbildungsmisere“ war gut besucht.

Viele Auszubildende aus allen Teilen der BRD beteiligten sich an der Diskussion. Wir stellten schnell fest, daß die Bedingungen nirgendwo wirklich gut sind. Auf unsere Frage, wie die Aussichten wären, im Süden der BRD nach dem Examen einen Arbeitsplatz zu bekommem, wurde mit Gelächter quittiert. „Bei uns wurde lange München als Geheimtip gehandelt — aber denkste!“ warf eine Kollegin aus Stuttgart ein.

Eine sehr lebhafte Debatte entzündete sich an den Forderungen der ÖTV.

Keine Schichtarbeit!
Keinen Wochenenddienst!
Keinen Nachtdienst!

Da war der Teufel los. „Wenn wir den Beruf erlernen, müssen wir auch die gleichen Bedingungen wie die Examinierten haben“, „wenn wir nicht arbeiten, dürfen wir auch nicht mehr so viel (!) Geld bekommen“, „bei solchen Bedingungen kämen wir ja nie ins Team rein“ usw., usw. (wir erwarten dazu Leserbriefe!) Wir fanden die Auseinandersetzung war sehr-positiv, es hat Spaß gemacht. Aus der Rolle fiel die Pflegedirektorin aus Holdheim, Frau Aldag. Sie behauptete kühn, die examinierten Kollegen, die den Ausbilderkurs besuchen, seien arbeitsscheu. „Das sind die, die nicht gerne viel arbeiten.“ Das gab natürlich reichlich Protest.

Eine Kollegin, die solch einen Kurs besuchte, nahm ihre Kollegen in Schutz. „Alle, die das auf sich nehmen, sind besonders engagiert. Der Kursus ist allerdings ein Witz. Wir bekommen da Gesetzestexte beigebracht und daß wir auf das Erscheinungsbild der Auszubildenden achten sollen. Keine pädagogischen oder auch didaktischen Fragen werden geklärt. Als Ausbilder hat man eigentlich nur zusätzlichen Streß und Ärger.“ So!

Am letzten Tag war die Podiumsdiskussion „Bremen ist krank“. Furchtbar! Die Herren Brückner und Müller überboten sich gegenseitig in rhetorischen Plattheiten — so daß schon kurz nach Beginn einige Besucher gingen. Die Diskussionsleitung war leider nicht in der Lage, diese Ergüsse zu bremsen, obwohl wir in der Vorbereitung Redezeitbegrenzung von drei Minuten vereinbarten.

Gut waren die Beiträge von Kolleginnen und Kollegen aus dem Publikum. Da wurden Situationen auf den Stationen dargestellt — kriminell.!

- Kinder bekommen Sonden geschoben, weil zum Füttern keine Zeit (Personal) ist
- Unfallchirurgie St. Jürgen hat immer jede Menge Flurbetten
- im Diako wurden Waschkolonnen für Patienten eingerichtet, die nach Stückzahl bezahlt werden

Immerhin mußte Herr Brückner zugeben, daß in vielen Bereichen der Bremer Kliniken nur noch Notversorgung läuft. Können denn diese kriminellen Bedingungen länger geduldet werden?! Wir müsen diese Bedingungen, unter denen wir arbeiten, ausgebildet werden, Patienten versorgt werden, aufdecken!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 693982

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin** 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.